APO - PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

HERAUSGEBER: SDS Hamburg. Verantwortl.: M. Deter. Redaktion und Verlag: HH4, Annenstr. 32, Tel.: 31 28 65. Erscheinungsweise: Montags vierzehntägig. Abonnement: Bei Zustellung per Post halbjährlich DM 8.- Postscheckkonto : Hamburg, M. Deter 22 9332 .

MONTAG , den 1. JUNI 1969 NR. 10 EINZELPREIS: DM 0.50

SCHÜLERDEMONSTRATION IM MAI 69 - EINSATZ VON ZIVILEN GREIFTRUPPS der Polizei









ORGANISATIONSDEBATTE

"Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart."

Lenin

"... die Theorie wird gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genauso wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet."

Stalin

Die folgenden Papiere sind im Laufe der Debatte über die Reorganisation des SDS Hamburg entstanden und spiegeln in etwa den Verlauf der hierzu geführten Diskussionen wieder. Eine Einschätzung dieses Prozesses erscheint sinnvoll, da sie der weiteren Diskussion in dem Sinne förderlich sein könnte, als sie deutlich machte inwieweit im Verlauf der Diskussion Fortschritte gemacht wurden und inwieweit schon Problematisiertes wieder verdrängt wurde.
Die Reorganisationsdebatte, vor etwa einem halben Jahr mit einem Papier über die 3 Ebenen und 2 Räte begonnen, setzte in Hamburg wieder im Verlauf der Semesterferien ein (Papier 1). Dem vorausgegangen waren Erfahrungen während der Befreiung des Psychologischen Instituts, die die Notwendigkeit eines festeren Zusammenschlusses der in der Universität aktiv arbeitenden Genossen deutlich machten. Ebenfalls konkretisierte sich hier, bei der Verurteilung des Genossen Lothar Reckert, die Notwendigkeit der bisher immer nur verbal beschworenen Assoziation von revolutionären Studenten, Schülern und jungen Arbeitern.
Das erste Papier versuchte, aus einer globalen Analyse der politischen Entwicklung die Notwendigkeit einer Assoziation der Gruppen Schüler, Lehrlinge und Studenten abzuleiten.
In der folgenden Diskussion wurde aus der politischen Analyse die Konsequenz der kadermäßigen Organisation der aktiv arbeitenden Genossen gezogen. Der Versuch, den Prozeß der Kaderbildung einzuleiten, war bereits früher gemacht worden durch die Bildung eines informellen Gremiums, das neben dem 'jour fix' bestand. Daß der Versuch, aus diesem informellen Gremium heraus einen formellen Kader zu bilden, scheiterte, machte zugleich die Schwäche der bisherigen Diskussionen deutlich: es wurde lediglich die politische Notwendigkeit der Bildung eines solchen Kaders abgeleitet; nicht reflektiert wurden die Bedingungen, unter denen die Bildung eines solchen Kaders aus den bisher dezentralisiert und unverbindlich arbeitenden Genossen möglich wäre.
Dieser Fehler wurde zumindest teilweise durch das folgende Papier (2) überwunden, das eine Bedingung - nämlich eine gemeinsame revolutionäre Theorie als Vorausetzung für eine revolutionäre Organisation - richtig erkannte und die gemeinsame theoretische Schulung forderte. Daß in dem Papier dieser eine Aspekt der Bildung einer revolutionären Organisation verabsolutiert wurde und, daß der aus dieser Konzeption hervorgegangene "Kapital"-Arbeitskreis keine praktische Bedeutung hatte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der richtige Ansatz dieses Papiers für die Organisationsdebatte einen Fortschritt darstellte.
Auf den Abdruck des zur gleichen Zeit erschienenen Papiers über die sozialpsychologischen Aspekte der antiautoritären Bewegung wird verzichtet, da dieses Papier, welches frühe an Marcuse, Habermas orientierte Frankfurter Diskussionen hier nachzuholen versuchte, für die weitere Reorganisation keine Relevanz hatte.
Die darauf folgende Diskussion war dadurch gekennzeichnet, daß sie die Verabsolutierung richtiger Ansätze und das Scheitern des "Kapital"-Arbeitskreises zum Anlaß nahm, eben diese richtigen Ansätze künftig zu negieren und mit Hinweis auf den gescheiterten Arbeitskreis die herrschende Theorie-Feindlichkeit zu rationalisieren. An Stelle der Weiter-

führung der Reorganisationsdebatte setzte sich ein "vulgärer Praktizismus" (Mao) durch dessen Zentrum im Bereich der Hochschule lag. Dieser war dadurch gekennzeichnet, daß er bis dahin problematisierte Begriffe weiterhin unreflektiert verwendte und in das Zentrum der Organisationsdebatte stellte. Ziel der organisatorischen Bemühungen sei es, die "Sozialisten schlagkräftig zu organisieren" (Papier 3). Man ging dabei davon aus, daß es gewisse arbeitende Gruppen gäbe, die gewisse Teilstrategien praktizierten. Das Bedürfnis dieser Gruppen nach Koordination und Verteilung von Arbeitskraft zu befriedigen, wird als organisatorische Aufgabe definiert. Diese Konzeption, die in dem letzten Papier unter der 1. Position expliziert wird, geht daxxxxxx in agnostizistischer Manier sogar, davon aus, daß es so etwas wie eine "allgemeingültige Theorie/Strategie" gar nicht gäbe, obwohl deren Existenz als Voraussetzung für politische Arbeit an anderer Stelle genannt wird.
(Vgl. Lenin:"Man kannnicht mechanisch das Politische vom Organisatorischen trennen"; Lukacs: "Die Organisation ist die Form der Vermittlung zwischen Theorie und Praxis.")
Auf der in dem letzten Papier protokollierten Sitzung zur Gründung eines Koordinations-Kollektivs wurde allerdings die Frage der Schulung wieder aufgeworfen. Hierbei tauchte wieder der im Protokoll auch skizzierte Widerspruch zwischen den beiden Positionen auf; wobei im Protokoll allerdings wieder nicht differenziert wird zwischen dem richtigen Ansatz und dessen Verabsolutierung und so - unter Hinweis auf F. Wolff - die Notwendigkeit einer gemeinsamen Schulung geleugnet werden kann. Die Konstituierung des KK erfolgte, ohne daß diese Kontroverse ausgetragen wurde.
Die Austragung dieser Kontroverse - d.h. die Wiederaufnahme der Organisationsdebatte - wird für das Vorantreiben der Reorganisation, für die Bildung einer revolutionären Jugendorganisation entscheidend sein.

(Diese Einschätzung der Organisationsdebatte ist nur die Auffassung eines Teils der Redaktion)

1. PAPIER

Zur Notwendigkeit einer revolutionären Jugendorganisation -strategische Probleme der Arbeit in den nächsten Monaten

1. Allgemeine Lage

Die politischen Auseinandersetzungen haben sich in den letzten Monaten in der BRD entscheidend zugespitzt. Sie können - in groben Umrissen - anhand folgender besonders hervorstechender Merkmale dingfest gemacht werden:
a) Tendenzen zum Verfall des westeuropäischen Machtblocks. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Zum ersten hat sich die Doktrin de Gaulles, Europa durch die schrittweise Assoziierung der osteuropäischen staatskapitalistischen Länder mit den west- und mitteleuropäischen monopolkapitalistischen Staaten zur vierten Weltmacht neben den USA, der UdSSR und tendenziell der VR China zu machen stabilisiert. Sie hat selbst in der BRD entschiedene Befürworter gefunden, wenn diese auch vorläufig noch hinter den Kulissen operieren (vgl. Planstudien der dem Bundeskanzleramt angeschlossenen "Stiftung Wissenschaft und Politik", SPD-Plan für eine "Europäische Friedensordnung" usw.) Diesem Trend steht in der BRD die Mehrheit der herrschenden Klasse noch ablehnend gegenüber. Obwohl auch sie inzwischen die Hoffnung aufgegeben hat, durch eine Expansion ihrer außenpolitischen Gewaltmittel (Ausbau der Bundeswehr, Unterlaufen des Atomsperrvertrages) die DDR aus dem Warschauer Pakt herauslösen und in einem dramatischen Eskalationswettlauf gegen die UdSSR annektieren zu können, hält sie noch an ihren alten Zielen fest: Ausbau der Bundeswehr, Militarisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, Mobilisierung wissentschaftlicher Schwerpunktprogramme (Nuklear-, Weltraum-, Verteidigungsforschung, Datenverarbeitung, Ozeanographie) aus ökonomischen und aus Gründen eines außenpolitisc orientierten Vormachtstrebens in Mittel- und Westeuropa. Die "europäische Integration" dient für sie vor allem im wissentschaftspolitischen Bereich (ELDO, ESRO, CERN, EURATOM usw.) als Durchgangsstufe zu einer "nationalen" imperialistischen Offensive in die Dritte Welt (Arrangement mit dem südeuropäischen Staatengürtel, mit Israel und mit dem sich in Afrika entwickelnden Apartheid-Block Südafrika-Rhodesien-portugiesische Kolonien).

Auf übernationaler Basis haben wir folglich zusammengefaßt folgenden Widerspruch: großeuropäische Bestrebungen Frankreichs und zunehmend auch Italiens auf der einen Seite - Mit osteuropäischen Korrespondenzmechanismen vor allem in der CSSR und Rumänien, dagegen "atlantisch"-afrikanische Verbindungsversuche mehr in Nord-Süd-Richtung mit der BRD (Strauß-Stoltenberg-Jaeger-Flügel), Belgien, den Niederlanden, partiell Großbritannien und mehr und mehr Israel und den afrikanischen Apartheidstaaten an der Spitze; die USA bleiben vorläufig im Hintergrund, weil sie sich angesichts der schwebenden Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR und wegen des sich intensivirenden Konflikts UdSSR - VR China zur Zeit nicht offen binden können.

b) Dieser sich verschärfende Widerspruch sprengt die bislang geschlossene Struktur der westdeutschen herrschenden Klasse immer mehr auseinander. Indizien, die dafür sprechen, sind auf der einen Seite die ein Arrangement mit der UdSSR zwecks Etablierung eines "Gesamteuropas" in Kauf nehmende Fraktion: das Ausbleiben einer Berlinkrise in den letzten Wochen, das ein Agreement Westberliner Senat - DDR auf ökonomischer Basis möglich werden läßt; die Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten, die eine SPD-FDP-Koalition nach den Wahlen denkbar macht; der jüngste Vorstoß Heinemanns, die Bundeswehr müsse bereit sein, sich zugunsten einer "europäischen Friedensordnung" in Frage stellen lassen. Auf der anderen Seite zeichnen sich verstärkte Bemühungen ab, sich wissentschaftsimperialistisch mit Großbritannien, Holland und Belgien gegen Frankreich zu arrangieren (Bau einer Uran-Aufbereitungsanlage außerhalb von EURATOM); mit Spanien (Uranlieferant), Israel und Südafrika (Atombombenproduktion) langfristige Verträge abzuschliessen und die an die EWG assoziierten afrikanischen Staaten über die portugisischen Kolonien endgültig zu "Europas Unterleib" (Heusinger) zu machen. Zur Ergänzung dieses Nord-Süd-Imperialismus werden gleichzeitig die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Diktaturen (Brasilien war früher portugiesische Kolonie und steht den portugiesischen Apartheidplänen in Afrika sehr wohlwollend gegenüber) ausgebaut. Dabei werden - wie schon in der nazistischen Ära, als Kiesinger die lateinamerikanische Agitation der "Interradio" des damaligen AA mitbetrieb- gewisse anti-yankee Ressentiments bei den Kompradoren ausgenutzt.

c) Das Auseinanderfallen der außenpolitischen Zielsetzungen setzt sich innenpolitisch fort. Auf der einen Seite der Fraktion der "Gesamteoropäischen Friedensordnung" zeigen sich Tendenzen zur Lockerung der Diktatur nach innen: Gemauschel um eine Halbwiederzulassung der KPD (Heinemann!), Wiedereinreise Reimanns (Heinemann!), beschränkte Liberalisierung der politischen Strafjustiz (Heinemann!); Versuch die KZ - Alternative der Strauß-Jaeger-Stoltenberg-Gruppe -die nur repräsentativ für die entsprechenden Bestrebungen innerhalb des altnazistischen Flügels des BND, Verfassungsschutz und MAD ist- zu unterlaufen ("gemäßigte" Version einer "Vorbeugehaft"); Versuch, das wilhelminische Demonstrationsrecht bis zu einer gewissen Grenze zu entrümpeln. Die Fraktion des Nord-Süd-Imperialismus (der wieder nur eine Konsequenz der Unfähigkeit ist, aus der Unmöglichkeit die Spaltung Europas militärisch zu durchbrechen die Folgerungen zu ziehen) spielt sich dagegen demonstrativ als Scharfmacher auf: extreme Relegationsbestrebungen für Studenten in Bayern, KZ-Generalklausel im CSU-Entwurf zur "Vorbeugehaft"; Zusammenfassung der Geheimdienste zu einem neuen RSHA. allgemeine Expansion der polizeilichen Executivgewalt mit entsprechender Arbeitsteilung (Bereitschaftspolizeien übernehmen "großen Sicherheits- und Ordnungsdienst", Bundesgrenzschutz Aufstandsbekämpfung, Umstrukturierung der gesamten Bundeswehr zur Partisanenbekämpfung in Westdeutschland, möglicherweise aber auch in Afrika).

d) Welche Fraktion der herrschenden Klasse sich durchsetzen wird, ist noch ungewiß. Wenn es nicht im Herbst 1969 zu einem Durchbruch der "gesamteuropäischen Fraktion" kommt - der nur bei einem entsprechenden Engagement der am "Osthandel" besonders interessierten Teile der Großbourgeoisie denkbar wäre, wird sich der "Nord-Süd-Flügel" weitgehend durchsetzen, weil er im Falle einer negativen Entwicklung der die Politik der "Gesamteuropäer" bestimmenden Variablen auf die Chance langfristig gesicherter kolonialer Extraprofite verweisen kann. In diesem Falle könnte es sich für die herrschende Klasse als notwendig erweisen, trotz der dann zu erwartenden außenpolitischen Rückschläge die außerparlamentarische Opposition relativ rasch polizeistaatlich zu ersticken: dem Kampf um die westdeutschen Wissenschaftapparate gesellte sich dann die innere Auseinandersetzung um einen von der BRD aktiv geführten Kampf gegen die anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt hinzu.

e) Solange die Marktexpansion des westdeutschen Kapitals keine starke Behinderung erfährt, und solange die aufgezeigten Variablen der außenpolitischen Kontroverse einigermaßen stabil bleiben, ist zumindest bis zum Herbst eine Unterdrückungsstrategie zu erwarten, die Kompromiß der beiden Flügel der herrschenden Klasse sein wird. Gerade in denjenigen Bereichen, in denen die Offensive der jungen Arbeiter, Schüler und Studenten anzusetzen hat, sind die gemeinsamen Interessen der beiden Fraktionen der herrschenden Klasse noch übergroß. Beide tendieren zu einer aufeinander abgestimmten kapitalistischen Rationalisierung der Ausbildungsprozesse in den Lehrwerkstätten, den Schulen und den Universitäten. Um den bundesrepublikanischen Staat als dem ideellen Gesamtkapitalisten zu einer gleichermaßen starken ökonomischen, militärischen und politischen Position zu verhelfen, gehen die wissenschaftspolitischen Planungskartelle (Wissenschaftsrat, Wissenschaftskabinett der Bundesregierung, Gesprächskreis Wissenschaft - Wirtschaft des BDI) zu einer systematischen und aufeinander abgestimmten Kapitalisierung sämtlicher Ausbildungs- und Forschungsbereiche über. Der entscheidende ökonomische Hebel ist der kapitalistische Nutzeffekt: den Jungarbeitern, Schülern und Studenten soll gleichermaßen - wenn auch auf verschiedenen Ebenen der Qualifikation - ein breites, technologisch fundiertes Grundlagenwissen beigebracht weden, das ausreicht, sie in den sich rasch wandelnden Spezialbereichen der industriellen Reproduktion flexibel einzusetzen. Gleichzeitig werden neue Qualifizierungsmechanismen geplant, die den Aufstieg besonders selektierter Gruppen dieser Basis in die Pyramide eines technokratisierten Kapitalismus ermöglichen sollen (Stufenausbildung der Lehrlinge, Schwerpunktausbildung der Schüler, Grund- und Aufbaustudium bei den Studenten). Das 3., auf alle Ausbildungsbereiche gleichermaßen zutreffende Strukturmerkmale ist die zeitliche Kompression: die verschiedenen Ausbildungsbereiche werden derart konzentriert, daß der bisherigen überholten Hierarchien neue Leistungsmechanismen entstehen, die es ermöglichen, die "Spreu vom Weizen" zu sondern.
Da sich die bundesrepublikanische herrschende Klasse diesen neuen Leistungssystem gegenüber anderen Staaten (USA, Frankreich) stark im Rückstand befindet, wird sie gezwungen sein es rasch durchzusetzen, wenn sie ihre gegenwärtige imperialistische Position nicht einbüßen will. Diese imperialistische Stärke benötigen letztlich beide außenpolitische Fraktionen der herrschenden Klasse, um sich gegenüber der anderen absichern zu können. Es entsteht die Gefahr, daß eine außerparlamentarische Opposition, die nicht in der Lage ist, die Zielprojektionen dieser Fraktionen zu durchschauen, lediglich zu einem willkommenen innenpolitischen Spielball des Machtkampfs der beiden Fraktionen wird! Folglich wäre die wichtigste strategische Aufgabenstellung der ApO für die nächste Zukunft die, zu verhindern, daß sie zu einem Instrument der Verschleierung der inneren Machtkämpfe der herrschenden Klasse degeneriert. Ihr Ziel muß sein, durch Aufklärung und Propaganda die herrschende Klasse weiter zu zersetzen und damit langfristig herrschaftsunfähig zu machen; gleichzeitig muß sie eine Bündnispolitik betreiben, die es andererseits der herrschenden Klasse verunmöglicht, Teile der ApO gegen andere auszuspielen oder an unwichtigen Objekten des Klassenkampfes zu fixieren.
[illegible]

2. Spezielle Probleme des Klassenkampfes: entzieht den Herrschenden die Berufsausbildung, die höheren Schulen und die Wissenschaft!

Allen Bemühungen zum Trotz ist die vorrevolutionäre Situation, in der wir uns seit einigen Monaten befinden, eine Angelegenheit der jungen Arbeiter, Schüler und Studenten geblieben. Die Versuche, diese neue sozialrevolutionäre Linke in traditionelle Strukturen des Klassenkampfes (sogenannter parlamentarischer Weg der Machtergreifung) abzuleiten, sind fehlgeschlagen. Wenn es aufgrund dessen auch nicht gelang, linke Sozialdemokraten, oppositionelle Gewerkschaftler und Altkommunisten zu aktivieren, stellt jedoch gerade dieser Sachverhalt einen extremen Unsicherheitsfaktor für die herrschende Klasse dar. Sie hat es bis heute noch nicht vermocht, neuartige Integrationsmechanismen einzusetzen; Spaltungsversuche schlugen bis jetzt weitgehend fehl. Ist dies auch ein bedeutsamer Erfolg für die neue revolutionäre Linke, sollte sie jedoch nicht vergessen, daß die herrschende Klasse noch ungeheure konterrevolutionäre Kräfte in Reserve hat. Deshalb sind euphorische Prognosen fehl am Platz. Es kommt statt dessen alles darauf an, die noch nicht in Gang gesetzten Mechanismen der Unterdrückung exakt einzuschätzen

und so vorzugehen, daß sie im Falle ihres Einsatzes die Weiterentwicklung der sozialrevolutionären Emanzipation nicht zu verhindern mögen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, das Ziel der Herrschenden, die sozialrevolutionäre Opposition in den Betrieben, Schulen und Universitäten in einen harten (dem KZ zu übereignenden) Kern und einen "Reformwilligen" (d.h. zu technokratisierenden) Mantel aufzuspalten und ihr so den Stoßkraft zu nehmen, zu vereiteln.

I. Theoretische Grundsätze für die Konstituierung einer westdeutschen sozialrevolutionären Jugendorganisation.

Wie wir gesehen haben, ist die bundesrepublikanische Jugend, ganz gleich ob sie sich als junge Arbeiterklasse in den Betrieben, als Schüler oder als Student reproduziert, ähnlichen Mechanismen einer Kapitalisierung ausgesetzt, Wenn es überhaupt Unterschiede gibt, dann nur den, daß die kapitalistische Verwertung der jungen Arbeiter von Anfang an besteht und gegenwärtig lediglich neuartigen Formen der Rationalisierung weicht, während die Kapitalisierung des Schul- und Universitätsbetriebs erstmals in den gegenwärtig zu konstatierenden Unfang betrieben wird. Da die jungen Arbeiter aber ohnedies erst in der Anfangsphase ihrer Verwertung stehen, fällt diese Diskrepanz nicht entscheidend ins Gewicht. Aus diesem Sachverhalt lassen sich - in grober Verkürkung - folgende Konsequenzen ableiten:

a) Jede revolutionäre Strategie hat davon auszugehen, daß es im Verlauf der Umwandlung selbst der komplizierstesten wissenschaftlichen Bereiche in Bestandteile der Produktivkraft einer Arbeiterklasse im traditionellen Sinne nicht mehr gibt. Der klassische Marxismus definiert das Proletariat als an den Produktionsmitteln direkt angesetzten manuellen Teilarbeiter. Besteht dieser Teilarbeiter trotz der sich gegenwärtig vollziehenden technisch-wissenschaftlichen Revolution auch fort, macht er doch nur einen Teil des gesellschaftlich produktiven Gesamtarbeiters. Zum produktiv-gesellschaftlichen Gesamtarbeiter gehört heute jeder, der - ob manuell oder nicht manuell - dazu beiträgt, gesellschaftliche Produkte zu erzeugen oder gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Dazu gehört der angelernte Arbeiter genauso wie der Techniker, der Arzt, der Ingenieur und der leitende Angestellte eines automatisierten Betriebs. Alle haben die gleiche Funktion: die Produktion, die sich immer mehr innerhalb geschlossener Produktionsmittelkreise vollzieht, zu überwachen und zu verbessern oder aber der Gesellschaft zur Verbesserung ihrer Lebensbedingung zur Verfügung zu stehen.

b) Zum gesellschaftlich produktiven Gesamtarbeiter gehören auch alle die, die sich für eine bestimmte gesellschaftlich produktive Tätigkeit in Lehrwerkstätten, Schulen und Hochschulen qualifizieren. Der Unterschied zu den im Produktionsprozeß schon tätigen Arbeitskräften ist nur quantitativ. Das entscheidende qualitative Merkmal, das den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter heute zusammenschweißt, ist dessen Vorbereitung oder dessen praktische Verrichtung einer gesellschaftlich produktiven Tätigkeit, -im Sinn einer gesellschaftlichen Nutzung und Verbesserung der Produktionsmittel.

c) Dem (praktisch Tätigen oder erst in der Ausbildung Befindlichen) gesellschaftlich produktiven Gesamtarbeiter steht der unproduktive Gesamtarbeiter gegenüber. Seine Funktion ist, die Aufhebeung des Widerspruchs zwischen den sich objektiv revolutionierenden Produktivkräften und den anachronistisch bleibenden Formen der Aneignung der Produktionsmittel zu verhindern. Die Beseitigung dieses kapitalistischen Grundwiderspruchs ist nur auf aktiv revolutionärem Weg möglich. Um dies zu verhindern, setzt das herrschende Machtkartell eine steigende Zahl parasitär unproduktiver Arbeiter ein, deren einzige Aufgabe darin besteht, die revolutionierten Produktivkräfte zur Unterdrückung der Revolutioäre anzuwenden. Die parasitär unproduktiven Arbeiter sind meistens Bestandteile des bürokratisch versachlichten Staatsapparates (Polizei, Geheimdienste, militärische Apparate). Sie finden sich aber auch in der Sphäre der gesellschaftliche Reproduktion selbst, für deren kapitalistische Verwertung sie unermüdlich tätig sind. Es ist dies die Gruppe der Börsenspekulanten, der hochdotierten Steuerhinterzieher, der paramilitärischen Ober- und Unteroffiziere der Produktion (Werkschützer), der Werbemanager und der Zwischenhändler. - Die dritte Gruppe der gesellschaftlichen Parasiten wird von den Berufspolitikern gestellt.

d) Der Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen und den parasitären Gesamtarbeitern

trägt antagonistischen Charakter: er kann nur aufgehoben werden, indem die gesellschaftlich produktiven Arbeiter die Strukturen der parasitär-kapitalistischen Verwertung ihrer Arbeit, die sich parallel zur Verschärfung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen immer stärker aufblähen, beseitigen. Sozialrevolution Praxis heisst folglich, an der Beseitigung der parasitär-kapitalistischen Fesseln der gesellschaftlichen Produktion innerhalb des jeweiligen sozialen Bereichs zu arbeiten. Die Zerschlagung der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie und der ausführenden parasitären Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion ist Grundbedingung nicht nur der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern der gesellschaftlichen Emanzipation überhaupt.

II. Praktische Grundsätze für die Konstituierung einer Westdeutschen sozialrevolutionären Jugendorganisation.

Die soziale Revolution in Westdeutschland ist bis heute nicht über die drei wichtigsten Teilbereiche der Qualifizierung des neuen Typs der gesellschaftlichen Arbeitskraft- Lehrwerkstätte, Schule und Universität- hinausgekommen. Deshalb muss jede Überlegung, den in Gang gekommenen emanzipatorischen Prozess weiterzutreiben, an diesen Bereichen ansetzen. Sie muss aber gleichzeitig darauf achten, dass sie nicht hängenbleibt indem die revolutionären Jungarbeiter, Schüler und Studenten das Arbeitsgebiet ihrer Qualifizierung revolutionieren, bereiten sie sich gleichzeitig darauf vor, den Revolutionierungsprozess in die Gebiete ihrer späteren beruflichen Tätigkeit hineinzutreiben. Auf eine stabilisierte sozialistische Lehrlingsorganisation folgt eine sozialistische Betriebsgruppe, die die Übernahme der Produktionsmittel in direkte Selbstverwaltung vorbereitet; auf eine stabilisierte sozialistische Studentengruppe folgt im Lauf der Zeit eine sozialistisc Assistenten-Organisation, und so fort.
Um demgegenüber jedoch zunächst einmal den ersten Schritt der sozialen Revolution einzuleiten, gelten- wieder grob zusammengefasst- folgende Grundsätze :

a) da die herrschende Klasse eine in sich geschlossene Kapitalisierungsstrategie für alle Stufen der beruflichen Qualifizierung betreibt, kann sie von Anfang an nur mit einer entsprechend in sich geschlossenen Gegenstrategie bekämpft werden. Gegenstrategien, die nur für ausgewählte Teilbereiche gelten (zum Beispiel Kampf um die Hochschulreform), sind langfristig zum Scheitern verurteilt.

b). folglich ist aus den bestehenden Basis- und Projektgruppen, die in diesen Teilgebieten arbeiten, eine Assoziation herzustellen, die die Gleichberechtigung Aller zur Grundlage hat. Vor allem ist eine Majorisierung dieser Assoziationsversuche durch die am weitesten fortgeschrittene sozialrevolutionäre Gruppe, die Studenten, zu vermeiden. Gleichzeitig muss versucht werden, revolutionäre Gruppen, die schon ausserhalb der Lehrwerkstätten der Schulen und der Universitäten entstanden sind oder innerhalb dieser sozialen Bereiche mit besonderen Zielsetzungen arbeiten (zum Beispiel Projektgruppen zur Emanzipierung der Frau) hinzuzuziehen. Auch diese Gruppen sind gleichberechtigt.

c) Aufgabe der Assoziation, die nach strengem Delegationsprinzip von unten nach oben aufzubauen ist, um die Entstehung einer Funktionärsbürokratie zu verhindern, ist zunächst die innere Koordination der Praxis in den jeweiligen sozialen Bereichen. (Beispiel: die SDS-Gruppen der Universität X gehen zusammen mit den übrigen linken Hochschulgruppen in Fachbezogenen Basisgruppen auf. Diese bilden einen Projektrat der ihre gesamte Universitäre Tätigkeit koordiniert und noch vorhandene Übergangsstrukturen in ASten, Fachschaften usw.) bedient. In den Projektrat werden die Gruppen sozialistischen Assistenten und ggf. Dozenten einbezogen. Ziel des Projektrats ist, die Universität X ihrer kapitalistischen Verwertung zu entziehen und sie gesellschaftlich zu reorganisieren. Gleichzeitig wird sich der Projektrat der Universität X mit den übrigen korrespondierenden Projekträten assoziieren, um gemeinsam den Kampf gegen die zentralen Lenkungsgremien der Westdeutschen Wissenschaft aufzunehmen. Ähnlich [illegible] in den übrigen sozialen Bereichen - Schulen der Stadt X und Lehrbetriebe bezw. Lehrlingsgruppen der Stadt X - vorgegangen.)

d) Auf die innere Koordination der Revolutionäre der verschiedenen Bereiche folgt eine äussere : der Zusammenschluss der Projekträte Universität, Schulen und Lehrbetriebe in einem örtlichen und danach regionalen Vollzugsausschuss. In ihm wird die revolutionäre Gesamtstrategie für den Bereich der Qualifizierung der Arbeitskraft entwickelt. Haben genügende Revolutionäre dieses Bereichs ihre Berufstätigkeit aufgenommen, setzen sie ihre Tätigkeit ausserhalb der Assoziationsgremien der revolutionären Jugend fort, um die soziale Umwälzung in allen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion zu betreiben.

e) Daneben ist eine sofortige äussere Koordination der Projektgruppen der Jungarbeiter, Schüler und Studenten nötig, um den Kampf gegen die militärischen und paramilitärischen Strukturen des monopolkapitalistischen Staats , durch die sie, bedingt durch die Wehrpflicht, alle hindurchgehen müssen, gemeinsam aufzunehmen. Sie werden eine Strategie zu entwickeln haben, in Ergänzung der sozialen Umwälzung der Betriebe, Schulen und Universitäten den Gewaltapparat der herrschenden Klasse von innen und ausssen zu zersetzen und als konterrevolutionäres Instrument unwirksam zu machen.

f) Auf die Notwendigkeit einer internationalen Assoziation (für die revolutionäre Jugendorganisation der BRD zunächst im westeuropäischen Rahmen) kann hier nur der Vollständigkeit halber verwiesen werden.

2. PAPIER

Zur Frage der Reorganisation des SDS

Erste Bedingung, die Frage der Reorganisation vernünftig zu lösen, ist die Analyse des Stands der eigenen Bewegung, die Bestimmung ihrer Zielvorstellung und Funktionen, sowie eine realistische Einschätzung der Strategie der Gegenseite.
Bis zum Ende des vergangenen Semesters ist der SDS unbestreitbar auch in Hamburg die Avantgarde der Studentenopposition gewesen. Das von ihm propagierte Prinzip der Selbstorganisation des Studiums, der dezentralisierten Streikaktionen und der Institutsbesetzung hat eine breite Basis unter den Studenten gefunden und wurde zumindest teilweise verwirklicht.
Zu Beginn des Sommersemesters befindet sich der SDS HH jedoch in einer kritischen Situation . Es dürfte ihm gehen wie den übrigen SDS-Gruppen im Bundesgebiet: an den Universitäten profiliert sich eine breite opppositionelle Basis von Erstsemestern und anderen Nicht-organisierten Studenten. An vielen Instituten deutet alles auf eine spontane Selbstorganisation hin, die das, was im vergangenen Semester erreicht wurde, von sich aus weiterzutreiben beginnt. Ohne daß sich diese Opposition auch nur ansatzweise strukturiert, fängt sie an, die Kampagne zur Selbstorganisation des Studiums wieder aufzunehmen.
Die meisten Genossen stehen diesem Phänomen hilflos gegenüber. Da die Basisgruppen in vielen Fachbereichen die von ihnen im vergangenen Semester entwickelten Parolen und Ziele übernommen haben, sehen diese Genossen augenblicklich keine Möglichkeit, von sich aus strukturierend in diesen Prozeß einzugreifen. Sie schwimmen - im besten Fall - im Strom der neuen Mobilisierung mit,ohne ihn konstruktiv weitertreiben zu können.
Wir stehen also im universitären Bereich einer beachtlichen Quantität und Selbsttätigkeit der Projektgruppenarbeit gegenüber; gleichzeitig müssen wir konstatieren, daß wir von dieser Quantität qualitativ eingeholt worden sind, daß wir uns organisatorisch wie inhaltlich - konzeptionell in nichts mehr von ihr unterscheiden. Würde diese Quantität ausreichen, um das herrschende Wissenschaftssystem umzuwälzen, dann könnte man durchaus die Parole ausgeben, den SDS in den Projektgruppen aufgehen zu lassen und ihn bestenfalls noch durch den ASTA zu repräsentieren. Ein Blick auf die Anstrengungen der Gegenseite und eine Recherche der inneren Schwierigkeiten der dezentralisierten Basisgruppen genügen, um eine solch euphoristische Strategie energisch abzuweisen.

Es bedarf keiner großen Belege, um zu zeigen, daß diese dezentralisierte Selbstorganisation eines großen Teils der Studenten, um sich auch nur den Maßnahmen der Reaktion entgegen - zusetzen, bedarf : das Hochschulgesetz wird zentral und schlagartig in alle Universitäts - bereiche eingreifen, die Disziplinarmaßnahmen werden ganz darauf abgestellt sein, exemplarische Abschreckung zu erzielen , und der Polizeiapparat wird möglicherweise den geringsten Anlaß zum Vorwand nehmen, um die Agitation in einem breit angelegten Aufmarsch zu ersticken. Die derzeit an der Universität fachspezifisch aktiven Parzellen werden aber erst dann aktiv gegen zentrale Eingriffe von außen vorgehen können, wenn sie über eine solide Koordination ihrer Widerstandshandlungen verfügen; d.h. über eine Verbindlichkeit von Organisation, deren Vorbedingungen jedoch noch zu spezifizierensind.

Die Reaktion - lange Zeit in die Defensive gedrängt - gewann erst gegen Ende des letzten Semesters ihre Initiative zurück. In diesem Semester aber werden wir in dieser Hinsicht unter völlig anderen und schwierigeren Bedingungen zu kämpfen haben. Die Justizmaschinerie hat eine Behendigkeit an den Tag gelegt, die uns zu überfahren droht. Schon werden die Kandidaten für die universitäre Präsidialdiktatur herumgereicht.

Es ist von schwarzen Listen der politischen Polizei die Rede, die seit längerem vorbereitet sein sollen. Kommt die staatliche Unterdrückungsmaschine erst richtig ins Rollen, dann wächst die Gefahr, daß die dezentralisierten Projektgruppen konzentrischen Gegenangriffen und Selektionen ausgesetzt werden, die zu ihrer Atomisierung führen, wenn es nicht rasche Solidaritätsaktionen gibt, wenn Gegenaktionen nicht abgesprochen werden können, weil beispielsweise keine Gelegenheit mehr ist, eine Vollversammlung einberufen zu können.

Allein der Kampf gegen diese konzentrisch vorgehende Reaktion macht organisatorische Schritte erforderlich, die über das bisherige Modell der autonomen Dezentralisation hinausweisen. Wenn es darüber hinaus noch gelingen soll, dieses Modell offensiv auszu - weiten, und zum Ausgangspunkt einer langwierigen Koordination der Jungarbeiter , Schüler und Studenten werden zu lassen, wird eine Selbstbesinnung des SDS auf seine Avantgardefunktion unabdingbar. Die in den einzelnen Projektbereichen tätigen Genossen müssen sich über ihre parzellierte Tätigkeit hinaus koordinieren, um sicherzustellen, daß aus der Quantität der Basisgruppen eine Qualität entsteht, die in der Lage ist :

1. auch unter erschwerten Bedingungen zu informieren
2. die kommunikative Verbindung zu leisten und
3. überall dort Unterstützung zu geben, wo die Aktivität der einzelnen Basisgruppen an ihre Grenzen stößt.

Allerdings wäre es kurzsichtig oder zumindest unvollständig, allein aus der Analyse der Konterrevolution die Bedingungen der eigenen Organisation und Strategie abzuleiten. Eine Verbindlichkeit in der Organisation zu fordern, wegen der Konzentrik der Gegen-seitebleibt eben nur Appell an eine erst zu schaffende Einsicht der Genossen. Daneben vernachlässigt ein derartiger Kurzschluß völlig die Reflexion des eigenen Potentials; konkret die Analyse der gegenwärtigen Basisgruppenarbeit. Diese ist zum einen gekenn - zeichnet dadurch, daß der Anspruch, die einzelnen Lehrinhalte mit den außerunivers. gesellschaftlichen Strukturen zu vermitteln, bzw. außeruniv. Konflikte in die einzelnen wissenschaftlichen Fächer hineinzutragen noch lange nicht eingelöst ist. Zum anderen durch Spannungen, denen der einzelne Genosse in seiner politischen Praxis ausgesetzt ist, deren Überwindung die Reorganisation einschließen müßte und die bisher in den wenigsten Fällen durchgestanden wurden :

Der Widerspruch zwischen der intellektuellen Einsicht in die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes und dem Zwang, sich per bürgerlichem Studium materiell re - produzieren zu müssen, und der Widerspruch zwischen der Theorie der antiautoritären Bewegung und ihrer praktischen Realisation führten zu solch immensen Spannungen bei den Genossen, daß deren Nichtüberwindung die Bewegung immer wieder zurückwarf. Auf der Ebene des Individuums war die Konsequenz entweder Reprivatisierung ins bür-gerliche Studium oder Absacken in subkulturelle Bereiche und auf der Ebene des Kollek-tivs das Ausweichen in reformistische Praxis oder blindwütigen Aktionismus.

Um wenigstens eine dieser Spannungen zu beheben, ist die Einbeziehung einer Entwick-lung einer revolutionären Berufspraxis unabdingbare Voraussetzung. Außerdem gilt es sich erneut auseinanderzustzen mit der Frage der Möglichkeiten, wie ist innerhalb der

Organisation selbst eine wenigstens teilweise Antizipation von Gegengesellschaft zu erstellen , und wie kann die Organisation Grundlage sein, das Bedürfnis nach Emanzipation des einzelnen Genossen zu befriedigen. Beides muß bisher als gescheitert betrachtet werden.
Die aktionistische Phase führte zu einem zunehmenden Theorieverlust innerhalb des SDS. Seine radikaldemokratischen Ansätze und Argumentationsketten von vor zwei Semestern sind inzwischen vermasst, und der SDS wird sich solange nicht wieder an die Spitze der Bewegung stellen können, solange er nicht dieser Vermassung radikaldemokratischen Bewußtseins die sozialistische Alternative entgegensetzen kann. Die Die abstrakte Trennung der Frage der Organisation der Avantgarde von der Frage der Organisation der Revolution erscheint an diesem Punkt der Diskussion als sinnvoll. Grundlage der Organisationsdebatte wird somit die Funktionsbestimmung des SDS innerhalb einer dezentralisierten Bewegung radikaldemokratischen Bewußtseins und die aus ihr resultierende organisatorische Konsequenz.

Eine Avantgarde bestimmt sich jedoch vorerst durch die Qualität ihrer Theorie und dann durch die Umsetzung dieser Theorie. Die Frage der Verbindlichkeit von Organisation verdichtet sich zuallererst in der Verbindlichkeit der Theorie. Es geht also nicht sofort um die praktische Organisation, sondern vielmehr um die Voraussetzung von Organisation : die gemeinsame verbindliche Analyse und der Konsens der Interpretation von Grundphänomenen. Diese Revolutionierung der Revolutionäre hat also anzusetzen beim Aufbrechen der traditionellen Bewußtseinsstrukturen in uns selbst. Daß hierzu ein Minimum theoretischen Instrumentariums notwendig ist, versteht sich von selbst und ist nicht zu entkräften durch die Forderung der Gleichzeitigkeit von Theorie und Praxis. Die Frage der Reorganisation wird für jede Avantgarde zur Frage der Organisation der kollektiven Aneignung von Theorie.

Die berechtigte Kritik an der Vorstellung, daß die revolutionäre Theorie, sobald sie die Massen ergreift, zur zur revolutionären Gewalt wird, weil sie eben die wichtige Frage der Umsetzung von Theorie in Praxis außer acht läßt, enthebt uns nicht davon, die Voraussetzung eben dieser Umsetzung, eben die Theorie, so schnell als möglich aufzuarbeiten. Parallel zu dieser Aufarbeitung sind notwendig die Eröffnung neuer Möglichkeiten von Praxis, und vor allem die Intensive Koordination und Information zwischen den Basisgruppen, als Ausgangspunkt, dieses Bedürfnis nach Theorie aus der praktischen Erfahrung der Notwednigkeit abzuleiten. Ort der Umsetzung der akkumulierten Projekte sind selbstverständlich jene dezentralisierten Projekte, die es aus ihrer radikaldemokratischen Situation in eine sozialistische Phase überzuführen gilt. Aufgabe des SDS ist es, kaktalytisch auf diesen Prozeß einzuwirken und auch die Koordination der drei sozialen Bereiche Schule, Betrieb und Universität schon im Ansatz der gemeinsamen Aufarbeitung sozialistischer Theorie herzustellen.

Unter diesen Voraussetzungen besteht eine realistische Chance, im Laufe der auf uns zukommenden Schulung die immer wieder geforderte Strategiedebatte effizient und verbindlich zu führen. Denn bei weitgehender Verwirklichung der im letzten Semester propagierten Strategie ist es gegenwärtig Aufgabe jedes Genossen, die inneruniversitären Widersprüche gegen die Neutralisierungsbestrebungen der Reaktion weiterzutreiben und möglichst relevante Bereiche der bundesrepublikanischen Wissenschaftspolitik den herrschenden Verwertungszwängen zu entziehen. Der Kampf um die Befreiung der Universität zielt auf die Umwälzung der gesamten Wissenschaft. Gleichzeitig hat er die Funktion, Aktionszentren für revolutionäre Gruppen der jungen Arbeiter, der sozialistischen Schüler und Lehrer zu schaffen. Schließlich muß er als Ausgangspunkt für die Aufspaltung des bundesrep. Militärapparats angesehen werden. In dieser Zielsetzung wird eine völlig neue Qualität der Strategie sichtbar, die bis jetzt nur ansatzweise und partikulär entwickelt worden ist. Sie kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die bisherige Konzeption der Selbstorganisation des Studiums zur Befreiung der Universität und nachfolgende Selbstverwaltung der in ihr vorhandenen materiellen Strukturen zum Zweck der Konstituierung einer revolutionären Jugendorganisation auszuweiten. Der Konsens an Theorie sowei die gemeinsame Aktion , wie etwa die des 1. Mai , die die Interessenidentität der drei sozialen Bereiche verdeutlichen, sind wichtige Schritte zu der Konstituierung dieser revolutionären Jugendorganisation.

Es geht also nicht darum, die Universität zu zerstören. Im Gegenteil: ihre Forschungs - und Lehreinrichtungen müssen durch Studenten und progressive Assistenten umgewandelt werden in Institutionen der Revolutionierung der gesamten übrigen Wissenschaftspolitik und gleichzeitig der Kooperation zwischen den jungen Arbeitern, Schülern und Studenten-. Da die herrschende Klasse inzwischen über ein geschlossenes bildungsökonomisches Formierungskonzept verfügt, das die Ausbildung an Schule, Betrieb und Universität lückenlos umfaßt, müssen die universitäten zu Orten einer revolutionären Gegenstrategie werden, die Lehrlinge, Schüler und Studenten gleichermaßen umfaßt.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß aus der Analyse der Strategie der Gegenseite und aus der Einschätzung der Situation der eigenen Bewegung drei Aufgaben in nächster Zeit von und gelesitet werden müssen

1. die koordination sämtlicher universitärer Basisgruppen evtl in Form eines Projektgruppenrates auf ASTA - Ebene.
2. die Koordination der drei sozialen Säulen der Bewegung formal als Institution innerhalb der Universität, praktisch in der Vorbereitung gemeinsamer Aktionen und theoretisch in der gemeinsamen Erarbeitung einer sozialistischen Alternative zur bestehenden radikaldemokratischen Bewegung.
3. Die Organisation der Aneigung der Theorie mittels kollektiver Schulung, die den SDS instand setzt, die auf ihn wartende Aufgabe, wenigstens inhaltlich Avantgardefunktion zu übernehmen, zu bewältigen.

Die Organisation der Schulung, verstanden als eine Transformationsorganisation, erlaubt endlich wieder, Kriterien für die Mitgliedschaft in einer sozialistisch - revolutionären Avantgarde zu definieren, die einerseits das Problem der Verbindlichkeit lösen, zum anderen den optimalen Schutz vor Eindringlingen gewähren.

Kriterien für die Mitgliedschaft sind dann

1. Die Kenntnis der Bewegungsgesetze des Kapitals. Ermöglicht durch systematisches kollektives Studium der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie.
2. die einheitliche Interpretation der Bewegungsgesetze mittels der theoretischen Auseinandersetzung innerhalb der Avantgarde bis zur Entscheidung, die die verbindliche Interpratation zu begründen hat.
3. Der Konsens über die im Interesse des Proletariats notwendigen Veränderungen. Dieser Konsens ist zu bewerkstelligen über eine mit den Arbeitsmethoden von 1 und 2 gewonnene Klassenanalyse und einen verbindlichen Begriff zum Proletariat.
4. Die Bereitschaft zur kooperativen praktischen Arbeit an der Verwirklichung der theoretischen Einsichten. Aus der Verbindlichkeit der Theorie erwächst folglich die Verbindlichkeit der disziplinierten praktischen Umsetzung von Theorie.
5. So resultiert schließlich eine zentrale Kommandogewalt über Arbeits- und Kampfkraft aller organisierten Revolutionäre, und zwar ursprünglich aus dem zentralen Konsens über die Theorie. Eine solche Zentrale schließt sich automatisch aus, sobald sie die Kriterien 1 bis 3 nicht mehr erfüllt, ebenso wie alle Mitglieder, die den Kriterien 1 bis 3 entsprechende Weisungen nicht diszipliniert erfüllen.

Da diese Kooperative zentral kommandierter Arbeitskraft nicht kapitalistischen, sondern revolutionären Verwertungsinteressen dient, muß ihr Zentralismus ein demokratischer sein. Alle Revolutionäre sind demnach mehr als nur verpflichtet, alle den Kriterien 1 bis 3 entsprechende Weisungen der Zentrale zu erfüllen, wie die Zentrale verpflichtet ist, jede neue Produktivkraft der Basis sachgemäß aufzunehmen und zu koordinieren. Voraussetzung aller Weisungsbefugnis ist demnach ebenso der ursprüngliche theoretiche Konsens !

6. Die Veränderung theoretisch-politischer Positionen ist ausschließlich durch wissenschaftliche Beweisführung möglich und niemals durch Wahlentscheidung. Nicht die Frage der Mehrheitsverhältnisse, sondern der theoretische Konsens wird unsere Politik bestimmen. Dasselbe gilt für Personalentscheidungen, für die objektivierbare Daten gefunden werden müssen, und die nicht unkontrollierbaren Mehrheitswahlen zu unterwerfen sind.

Nach der Ableitung, daß organisatorische Verbindlichkeit nur entstehen kann über theoretische Verbindlichkeit und der Erkenntnis, daß diese wiederum eine straffe Schulung erfordert, kommen wir jetzt zu der Frage, wie diese Schulung zu organisieren ist. Der SDS Hamburg bildet aus seiner Mitte je nach Bedürfnis ein oder mehrere informelle Kader, die sofort mit ihrer Selbstschulung beginnen. Die Schulung schließt neben der Erarbeitung der Grundlagen eine Agitations-und Rednerschulung ein. der informelle Kader bleibt solange informell, bis er die an ihn unter den Kriterien 1 bis 3 gestellten Anforderungen erfüllt. Das heißt, er wird in dem Moment zum formellen Kader, sobald er expansive Qualitäten erreicht hat, sobald jedes Mitglied in der Lage ist, eigenständig zu agitieren, oder einen neuen informellen Kader ins Leben zu rufen. Entscheiden wird jedoch sein, daß diese Organisation der Schulung nicht einem Rückzug in seminarmarxistische Klausuren gleichkommt, sondern daß alle Kadermitglieder gleichzeitig wieder in ihrer Basis verbleiben, um die Schulungsergebnisse bereits tendenziell umzusetzen.
Der Erfolg wird sein,daß überflüssige Diskussionen, die gekennziechnet sind durch Aneinander-Vorbei-Reden, Begriffslosigkeit und terrorristische Appelle zur Mehrarbeit in Zukunft hinfällig sind, sobald sich diese Verbindlichkeit von Theorie hergestellt hat als Substrat der dringend notwendigen organisatorischen Verbindlichkeit.
Zum zweiten ist diese Grundlage der Ansatz, die radikaldemokratische Bewegung transformieren in eine revolutionäre Organisation.

Hamburg,den 20.5.69

Genossen!

Die Organisations-Diskussion der letzten SDS-MV vom Samstag,den 17.5., ist am letzten Sonntag im RC konkretisiert worden. Wir haben bereits auf der MV 8 Bereiche festgelegt,in denen sich die Sozialisten schlagkräftigorganisieren und die Initiative ergreifen müssen und die es darum übergeordnet zusammenzufassen gilt. Je einer der Genossen, die sich durch ihre bisherige Aktivität und Initiative auf fast allen Gebieten und durch ihre Fähigkeit ausgewiesen haben, mit Hilfe sozialistischer Theorie Probleme einzelner Bereiche als Probleme des Kapitalismus zu analysieren und zu vermitteln, soll nun schwerpunktmäßig sich in einem Bereich engagieren und mit den anderen 7 ein ZK (oder wie immer das heißen soll) als Kern der sozialistischen Bewegung am Ort bilden.
Ineinem "voluntaristischen Akt" haben wir für jeden Bereich vorerst mehrere Genossen benannt, deren Eignung und Bereitschaft für die ZK-Arbeit diskutiert werden müßte. An der "Liste" dieser Genossen, zu denen ihr gehört, werdet ihr erkennen, 1.wie gering unser Potential an Genossen wirklich ist, die den oben genannten Anforderungen genügen, 2.daß bei der Zusammenstellung für die einzelnen Bereiche wir auch insofern hinter unsere Ansprüche zurückfallen, als Kriterium wieder mehr oder weniger ist, welche Genossen tatsächlich schon länger in diesen Bereichen engagiert sind.

1. Justiz ,jur. Ausbildung : 5
   (hier wie in den folgenden Punkten wird durch die Zahl lediglich Anzahl der vorgeschlagenen Genossen angegeben)
2. Internationalismus : 3
3. Bundeswehr : 3
4. Presse : 1
5. Schulen (Schüler, Lehrer): 7
6. Lehrlinge /Berufsschulen /Betriebe : 4
7. Ing.-Schulen /Math.-Nat. / Technologie : 2
8. Uni : 2

4. PAPIER

Protokoll der Organiaationsdebatte

Dies: Kurzprotokoll erhebt nicht den Anspruch, die gesamte Organisationsdebatte wiederzugeben; es werden nur noch einmal die prinzipiellen Unterschiede herausgearbeitet, die in der Schlußdiskussion etwas verwischt wurden, da die beiden Positionen,

a) ein zentrales Kollektiv

b) theoretische Schulung forderten. Funktionsbestimmung und Relevanz wurden allerdings unterschiedlich beurteilt.

I.

Nach dem Scheitern der Notstandskampagne - zumindest soweit diese als Auseinandersetzung auf der Machtkampfebene begriffen wurde- und der Rückwendung zur universitären Basis, um dort unter der Parole " Befreiung der Wissenschaft durch Selbstorganisation des Studiums " den Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnende Verstaatlichungstendenz der Gesellschaft organisieren, entwickelte sich eine Vielzahl naturwüchsig arbeitsteilig tätiger Kollektive, deren Aktivität an den verschiedenen Universitätsinstituten von Wissenschaftskritik bis zur Enrwicklung von Besetzungsstrategien reichte. Neben der so betriebenen Politisierung des Ausbildungssektors stand der in mehreren Projekten aufgenommene Abwehr- und Zersetzungskampf gegeb die aggressivsten Institutionen des autoritären Staates : Justiz und Bundeswehr ,sowie die Erarbeitung von Formen konkreter Solidarität mit dem Befreiungskampf der Armen Welt in Internationalismus -Arbeitskreisen.
Angesichts dieser naturwüchsig eingetretenen Arbeitsteilung war das einmal wöchentlich tagende jour-fix des SDS nicht mehr das Gremium , das ohne weitere Aufarbeitung der Teilstrtegien noch im Stande war, ad-hoc den strategischen Gesamtzusammenhang der verschiedenen Aktivitäten noch diskutierend herzustellen. So spielte sich die Praxis ein, daß neben einem relativ bewußtlosen Handwerkeln der Projekte ab und zu von Autoritäten die Deutung der politischen Situation übernommen wurde und bisweilen auch in eine Strategie umgesetzt wurde, die nicht der Arbeit der sie ausführenden Genossen entsprang.
Aus der Arbeitsteilung wie wir sie auch jetzt vorfinden, resultierte so in manchen Gruppen eine Perspektive -und theorielose Praxis, die sich von kaum noch reflektierten " Tageserfordernissen " leiten ließ und in Reformismus und Handwerkelei verkam. Zugleich war es den einzelnen Gruppen nicht möglich, sich aus diesem Zustand zu befreien, indem neben der Bewußtlosigkeit der eigenen Praxis die fehlende Information über die Arbeit anderer Teilbereiche und ein Fehlen an Kritik und Selbstkritik steht. Auch der SDS , ehemals treibende Kraft dersozialistischen Opposition ,ist innerhalb der Projekte nicht mehr auszumachen. Das bedeutet jedoch nicht, daß es nicht Unterschiede gäbe zwischen denen, die nach Möglichkeiten der Radikalisierung der politischen Praxis suchen, und jenen, deren Bewußtseinsstand durch die derzeitige Politik ausgedrückt wird, denen diese als angemessen erscheint.
Deutliche Anzeichen dafür, daß dieser Unterschied nach wie vor besteht, ist die sich allenthalben entwickelnde Organisationsdebatte gerade unter dem führenden Teil der Bewegung, der sich mit dem SDS gleichsetzen ließe.

II. 1. Position

Eine Organisation soll eine mit der Arbeitsteilung der Projekte korrespondierende Arbeitszusammenfassung bewirken. Das bedeutet zunächst - insofern noch gut handwerklich - , daß dem Bedürfnis nach Information und temporärer Koordination zwischen den Projekten Rechnung getragen werden soll. Jedoch diese Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit nämlich, seine Praxis im Rahmen derübrigen Teilstrategien und mit im Gesamtzusammenhangder sozialistischen Opposition zu sehen, mag bereits eine qualitative Veränderung darstellen; sie mag bewirken, daß erneut eine theoretische Reflektion der Praxis einsetzt und das Verhältnis der Selbstkritik auflebt .
Verbesserter Informationsfluß wird alleine jedoch nicht ausreichen ebensowenig wie die Herstellung des Gesamtzusammenhanges durch übergreifende Strategien! Hierzu bedarf es vielmehr eines ständig arbeitenden Gremiums , das die einzelnen Teilstrategien ständig in seine weiteren Bezüge stellt und mit den Mitteln materia-

listischer Analysen permanent der Kritik unterwirft. Dieses Gremium darf sich jedoch nicht als ein mit dirigistischen Vollmachten versehenes Über-Kader verstehen, sondern hat seine Arbeitsergebnisse unmittelbar in die arbeitenden Gruppen einzubringen und dort kritisieren zu lassen. Das Verhältnis von Anleitung und Kritik muß so zwischen den Teilprojekten und dem Koordinationsausschuß ein wechselseitiges sein.
Da die Einzelstrategien permanent zu der politischen Gesamtsituation in Beziehung zu setzten sind, wird das ständig arbeitende Kollektiv sich für längere Zeit zu konstituieren haben. Ein personeller Wechsel könnte gleitend erfolgen (z.B. alle 2 Monate wird ein Genosse des Koordinations -Kollektiv abgelöst)
Die Zusammensetzung des KK muß sich z. Zt. als Widerspiegelung der Bereiche darstellen, in denen Menschen sozialistische Opposition ausüben : das sind der Ausbildungssektor (Universität, Ingenieurschulen, Schulen und Lehrlinge) sowie die übergreifenden Projekte Bundeswehr, Internationalismus und Justiz. Indem das KK sich nicht als eine allgemeine Verwaltungsinstanz dieser Bereiche versteht, sondern zugleich in der Kritik der Teilbereiche und der Reflektionen der Gesamtlage neue Projekte initiiert und alte Projekte wieder anregt, ihre bisherige Tätigkeit umzugestalten oder in der bisherigen Form einzustellen, ist diese Zusammensetzung für die Zukunft keineswegs mehr zwingend, sondern nur ein Gebot der derzeitigen Situation.

III. <u>2. Position</u>

Soweit die bisherige Entwicklung nicht prinzipiell in Frage gestellt wurde, stellt sich für diese Gruppe das Problem weiterer politischer Praxis als ein Problem der Theoriebildung und Schulung . Dabei wird von folgendem Theorie-Praxis -Verhältnis ausgegangen :
Die Analyse (meist gleichgesetzt mit Theorie) der gesellschaftlichen Widersprüche und Enzwicklungstendenzen (" Gesetzmäßigkeiten ") zeigt die objektiven Bedingungen der Transformation der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse auf. Über die Transparenz dieser Bedingungen kann eine globale Strategie für die Transformations bestimmt werden, aus der dann die Taktik (Praxis) abgeleitet wird.
Voraussetzung für die Theoriebildung (und Entwicklung einer entsprechenden Strategie) ist die Kenntnis der Grundkategorien und Grundprobleme der historisch-gesellschaftlichen Entwicklung. Erst hiermit werden die aktuellen politisch-gesellschaftlichen Probleme analysierbar und für eine Strategie verwertbar.
Das über universitäre und gesellschaftliche Konflikte mobilisierte kritische Bewußtsein (über die Form der Aktionen und teach-ins) besitzt weder die Verbindlichkeit noch Instrumente, die oben aufgezeigte Arbeit zu leisten, deshalb ist das radikaldemokratische Bewußtsein durch organisierte Erziehungsarbeit (Schulung) in sozialistisches zu transformieren.
Selbsternannte Schulungskader werden nach dem Prozeß der Theorieakkumulaton usw. zur zentralen Entscheidungsinstanz mit Befehlsgewalt für die sozial-revolutionäre Bewegung.

IV. <u>Dazu Position I.</u>

Um eine Kritik der Position 2 nicht als Theoriefeindlichkeit erscheinen zu lassen, kann grundsätzlich vorweg gesagt werden, daß die Transparenz gesellschaftlicher Verhältnisse (über systematische Analyse und Verallgemeinerungen) Vorausetzung für politische Arbeit ist. Nur wird bestritten, a) daß allgemeingültige Theorie / Strategie möglich ist und b) die vorhandenen analytischen und strategischen Ansätze über abstrakte Theorieakkumulation in Frage gestellt werden dürfen.
Zu a) Die im Rahmen der Organisationsdebatte auf der vertagten DK-68 aufgeworfenen Fragen von F. Wolff, ob es je eine systematische Ableitung von Theorie/ Strategie/ Taktik/Praxis bei den bisherigen Transformationsprozessen gegeben hab 1 und ob nicht gerade diese Systematik schon selbst die " bürokratische und reaktionäre Erstarrung der meisten Organisationen der Arbeiterbewegung in sich trage", werden von der Position 2 überhaupt nicht tangiert. Die fehlende geschlossene materialistische Theorie wird bei der Position 2 dem subjektiven Versagen der Avantgarde (sprich SDS) zugeschrieben, ohne noch den historischen Bedingungen (Abhängigkeiten) für eine revolutionäre Theorie überhaupt zu fragen.
Zu b) Die bisher vorgelegten Konzepte (Ebbinghaus, Oberlercher) und die

entsprechenden Diskussionsbeiträge deuteten eine Theorieverständnis an, dessen autoritärer Charakter keine Weiterentwicklung der bisherigen Ansätze bringen würde, sondern zur Auflösung der Einheit von Theorie und Praxis führt. Wir würden eine "revolutionäre Theorie " erhalten, die mittels einer bolschewistischen Kaderpartei der Wirklichkeit aufgezwungen wird.

V.

Die Fragen der Legitimation des Kollektivs, der Kontrolle, der genauen Aufgabenbestimmung sollen ausführlich im Rahmen der Personaldiskussion erörtert werden.

BERICHT VOM PSYCHOLOGENKONGRESS /HANNOVER

Die Diskussion am ersten Abend in Hannover war gekennzeichnet vom Bedürfnis vieler Genossen zu erzählen und zu hören "was wo los ist und war"-Ausdruck der Überbewertung institutsinterner Konflikttaktik, die sich im Bewußtsein vieler zur Strategie ausgewachsen hat. Hier setzte die Kritik der ersten Resolution an :

- " Trotz angeblicher Ungleichzeitigkeit lassen sich alle vorhandenen praktischen Ansätze an den verschiedenen Instituten in 3 generelle Tendenzen zusammenfassen:

1. kritische Aufklärung
2. Kleinbürgerlicher Terror
3. reformerische Handwerkelei

zu 1)

Den alten Hut, dass zu jeder politischen Praxis die "Kritische Aufklärung" gehört, mag wiederholen wer will. Aufklärungsarbeit jedoch, die nicht schon Bestandteil einer konkreten Strategie ist, wird zum Alibi (Zitat: "Wir sind noch nicht so weit") eines real unpolitischen Liberalismus.

zu 2)

Die Gruppen, die es tatsächlich schaffen, über ihre liberalen Aufklärungskampagnen hinauszukommen, ergehen sich orgiastisch in kleinbürgerlichen Terroraktionen gegen ihre proffessoralen Vaterfiguren. Diese Art von Praxis ist isolierbar, solange sie nicht in langfristige Strategie eingeordnet wird, hat sie die Funktion eines Ventils zum Abreagieren von Frustrationen ...

zu 3)

Die langfristig geplanten Projekte wie z.B. psychotherapeutische Beratungsstellen Kinderläden etc. sind entstanden als Formen der Selbsthilfe und haben in dieser Funktion ihren Sinn. Die Ansätze zur Befriedigung privatistisch-politischer Interessen wurden jedoch mangels realer Alternativen zur politischen Strategie hochfetischisiert... " -

Wie kam es zu dieser reformistischen, konzeptionslosen Politik ? Dazu kurz ein historischer Abriss der gesamten Bewegung : der Anfang war gekennzeichnet durch den humanitär-moralischen Protest gegen das amerikanische Engagement in Viet.-nam, den Schah in Persien...

Die dann einsetzende Rückbesinnung auf die Basis war immer auf Teilbereiche beschränkt, die Konzeption perspektivlos, weil ohne Theorie und nicht expliziet sozialistisch. Zu sehr verselbständigte sich die Taktik. Die Konsequenz aus dieser Analyse unserer bisherigen Institutspolitik sollte sein :

- nicht permanent die politische Diskusssion zu verdrängen, aus Angst vor Mißerfolg vor dem liberalen Publikum,
- sich nicht einzubilden, man betriebe " kritische Psychologie ", wenn man es geschafft hat, ein Seminar umzufunktionieren.
- unser psychologisches Wissen als Wissen über die Herrschaftsmechanismen in den Kampf gegen diese Herrschaft einzusetzen .

Praktische Ansätze zum letzten Punkt wurden in Hannover genannt :

1. Die Zersetzung der Psychologie (Zerschlagt die Institute)
2. Entwicklung einer Offensivstrategie an allen Punkten, wo die Psychologie im Verwertungsprozeß relevant wird . "

Die These "Zerschlagt die Psychologie" ist polemisch zu verstehen und von den Gegenresolutionierenden in Hannover in den falschen Hals bekommen worden. Was damit gemeint ist : eine esoterisch in KU-Arbeitskreisen betriebene, höchstens

/primär integrative Funktion des Psychologen", die sehr geringe Aussicht auf einen Job nach dem abgeschlossenen Studium (1 : 3) machen die revolutionäre Berufspraxis fast unmöglich. Die Perspektive wäre, einen anderen Beruf zu erlernen und die psychologischen Kenntnisse agitatorisch und emanzipativ anzuwenden; z.B. könnte man in allen Berufsbereichen mit diesem Wissen die sorgfältig unbewußt gehaltenen repressiven Gruppenstrukturen und die Vereinzelung besser erkennen und aufbrechen. -Das heißt Zerschlagung von Herrschaftsmethoden, d.h. Zerschlagung von Betriebs-, Werbe-, Militärpsychologie und Beratungsstellen aller Art.

Alternative zum sozialistischen Psychologen - der Genosse mit psychologischen Fachkenntnissen.

NEUES AUSBEUTUNGSGESETZ

Am 13. Juni wird in Bonn das neue Berufsausbildungsgesetz im 2. Lesung behandelt werden und demnächst mit ziemlicher Sicherheit verabschiedet werden. Damit hat das "Wirken" der großen Koalition wieder einen neuen "Höhepunkt" erreicht. Um zu zeigen, daß "alles in Ordnung" ist, veranstaltet der DGB am Samstag, den 7. Juni in Köln eine Großveranstaltung (Podiumsdiskussion) zur Berufsausbildung. In einem großangelegten Bluff versucht der DGB, auch hier noch den demokratischen Schein zu wahren. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: schon vor Tagen sind die Referenten und Diskussionsteilnehmer von den Gewerkschaften ausgemauschelt worden, die Masse der anreisenden Lehrlinge, Jungarbeiter und Angestellten bekommen in Köln wie überall eine Konsumentenrolle zugewiesen. Sie dürfen zuhören, mit dem Kopf nicken (zum Schütteln fehlt ihnen meist die Information über den skandalösen Gesetzentwurf), und am Abend wieder nach Hause fahren. Das Vorhaben einiger Gewerkschaftsgruppen in der IGM und anderen Gewerkschaften, in Köln eine Demonstration gegen den Entwurf durchzuführen, wurde von der DGB-Spitze schnell abgewürgt. Die Arbeiterverräter des DGB wünschen eine friedliche Verabschiedung des Gesetzentwurfs, den nicht zuletzt ihre lieben sozialdemokratischen Parteifreunde im Bundestagsausschuß für Arbeit ausgeheckt haben.

AUSBILDUNG = AUSBEUTUNG

"Unter der Hand des kundigen und anleitenden Meisters erlebt der Lehrling den Einsatz der Maschinen, die ihm die Arbeit vorbereiten oder die Fertigung des Werkstückes später erleichtern sollen. Er wird in die Wartung und Pflege der Maschine eingewiesen; er erkennt die hohen Kosten, die die Maschinen und weiteren Einrichtungsgegenstände dem Betrieb, seinem Betrieb, verursachen; er lernt wirtschaftliche Werte schätzen und Verantwortung empfinden. Er lernt schliesslich die vielen kleinen Handreichungen, Vor- und Nacharbeiten kennen und ausführen, die nun einmal zum Arbeitsablauf gehören, und die von alters her den Lehrlingen oder den Lernenden übertragen sind, aus einer berechtigten gesellschaftlichen Abstufung heraus. "Denn wer erst lernt, muß die niederen aber unerlässlichen Handgriffe, die der ältere und im Betrieb erfahrene Mensch hinter sich hat, tun". Eine solche Abstufung ist keine Diskriminierung. Der Zweck dieser "Vor- und Nacharbeit" ist dabei ein Erziehungszweck; er gewöhnt den Lehrling an Unterordnung und gleichzeitig an die Einordnung in eine Gemeinschaft."

Aus: Berufserziehung zwischen Tradition und Fortschritt, herausgegeben von W. Stratenwerth im Auftrag der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Berufserziehung im Handwerk an der Universität zu Köln e.V.

Anmerkungen zum "neuen" Berufsausbildungsgesetz.

Das Berufsausbildungsgesetz, das im Juni verabschiedet werden soll, soll die 100 Jahre alte Gewerbeordnung ersetzen , nach der bisher die Berufsausbildung

---

x. höchstens auf den Lehrbetrieb übergreifende kritische Psychologie ist unpolitisch. Die...

weitgehend vollzogen wird. Wer jedoch glaubt, daß sich im Zuge dieses "modernen" Gesetzes Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse im Betrieb ändern werden, hat sich getäuscht; denn es ist ein verhängnissvoller Irrtum, "Modernität" mit Demokratisierung im Betrieb gleichsetzen zu wollen. Für die Interessenvertreter von Industrie, Handel etc. ist das modern, was den gegenwärtigen Bedürfnissen des Kapitalismus entspricht. Charakteristisch ist hierbei, wie souverän sich die Lobby des Kapitals in diesem Zusammenhang der "demokratischen Willensbildungsorgane" des Volkes bedienen kann.

Abhängigkeitsverhältnisse des Auszubildenden.

Der Entwurf des neuen Gesetzes gesteht dem ausbildenden Betrieb bzw. Meister nach wie vor Disziplinierungsfunktionen zu, die in folgende harmlose Worte gekleidet sind: " Der Ausbildende hat dafür zu sorgen, daß der Auszubildende charakterlich gefördert sowie sittlich und körperlich nicht gefährdet wird"! (§ 7, 1, 1)
Die Ausbeutung des Lehrlings im Betrieb wird mit Sicherheit nicht aufhören. Das einzige Kriterium für die vom Lehrling auszuführende Tätigkeit ist die Forderung: "Dem Auszubildenden dürfen nur Verrichtungen übertragen werden die dem Ausbildungszweck dienen und seinen körperlichen Kräften angemessen sind." (§ 7, 2)
Das schließt auch weiterhin nicht aus, daß der Lehrling für niedere Lohnarbeit herangezogen werden kann (ohne zusätzliche Bezahlung, versteht sich, da das Gesetz in diesem Zusammenhang nur besondere Vergütung für Überstunden vorschreibt.) Eine ausreichende Entlohnung des Lehrlings ist auch weiterhin nicht vorgeschrieben, Vorschrift ist nur "angemessene Vergütung" und Staffelung des Lohns nach Lehrjahren. (§11) Doch was ist schon einem Lehrling angemessen?
Um dem Unternehmer möglichst genehme und fügsame Lehrlinge zu verschaffen, beläßt der Gesetzentwurf diesem eine Probezeit bis zu drei Monaten für die Lehrlinge. Während dieser Zeit kann der Lehrling " jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden" (§§14, 16). Auch noch nach der Beendigung der Probezeit hat der Unternehmer die Möglichkeit, den Lehrling fristlos zu entlassen, wenn er einen "wichtigen Grund" (§ 16, 2, 1) hat.

Die Bedeutung des Berufsausbildungsgesetzes im Rahmen der Entwicklungstendenzen von Technik und Industrie im Spätkapitalismus.

Die Einsicht in den Wandel der industriellen Produktionsweise im Laufe der nächsten Jahrzehnte erfordert die Veränderung der Berufsausbildung. Soweit sehen auch die Vertreter der Industrie und des Kapitals noch klar. Die Konsequenzen sind jedoch für den Auszubildenden weniger zukunftsträchtig als für die Unternehmer selbst: die im Entwurf vorgesehene Stufenausbildung (§26) ist lediglich der Versuch für die Zukunft den vor allem in der Industrie anfallenden Bedarf von wenigen Fachleuten und einem Heer von angelernten Arbeitern zu sichern. Folgerichtig sollen in der ersten Stufe der Ausbildung "Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse vermittelt sowie Verhaltensweisen geweckt werden, die einem möglichst großen Bereich von Tätigkeiten gemeinsam sind." (Abs. 1) Konsequent wird in der zweiten Stufe die Anpassungsfähigkeit des Arbeiters gefördert (Abs 3). Diese Fähigkeiten halten die Vertreter des Kapitals für ausreichend, um die anstehende technische Revolution zu meistern. Wie Lohnabhängige sie meistern, steht in den Sternen. In der dritten und den weiteren Stufen wird nur die notwendige Zahl von Fachkräften ausgebildet werden, für das Fußvolk ist kein Platz für berufliche Qualifikationen.

Bürokratische Kontrolle und Steuerung der Berufsausbildung im Interesse des Kapitals.

Die Kompetenzen auf dem Gebiet der Berufsausbildung sind konsequent hierarchisch gegliedert; "Mitbestimmung" der Gewerkschaften ist in den Abstimmunsorganen wenigstens scheinbar vorhanden. So sind die Gewerkschaften im "Bundesausschuß

für Berufsausbildung" und in den Berufsausbildungsausschüssen" von Handels- und anderen Kammern fast paritätisch vertreten. Diese beiden Gremien sind jedoch wenig kompetent und haben nur untergeordnete Bedeutung in der Neuformierung der Berufsausbildung. Sie erhalten ihre Empfehlungen vom "Institut für Berufsbildungsforschung", einem Gebilde, das in etwa einer Behörde entspricht. - (Bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts). In diesem Gremium wird die eigentliche Politik gemacht, hier hört auch folgerichtig die Mitbestimmungsspielerei auf. Zwar sind im Hauptausschuß des Instituts DAG und DGB personell paritätisch vertreten, doch stehen den Gewerkschaften folgende Unternehmerorganisationen gegenüber:

Bundesverband der deutschen Industrie (BDI)
Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)
Bundesvereinigung derFachverbände des deutschen Handwerks
der Deutsche Handwerkskammertag
der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT).

Bei dem Anspruch auf Sachkompetenz der Vertreter der Unternehmerverbände und dem Vorbehaltsrecht der Bundesregierung im Hinblick auf Finanzierung oder nicht Finanzierung der Forschungsprogramme wird deutlich, welche Art von Reformprogrammen hier erforscht und verabschiedet werden sollen. Für Gewerkschaften bedeutet der Sitz im Hauptausschuß des behördenähnlichen Instituts einen weiteren Schritt zur Integration in die kapitalistische Staatsbürokratie.

EINMAL MEHR ABSTIMMUNGSGEHILFE DER KONZERNE, GEWERKSCHAFTS-VERTRETER IN UNTERNEHMERGREMIEN EINMAL MEHR KORRUMPIERT,- DAS IST DIE GEWERKSCHAFT , WIE SIE SICH MANNESMANN WÜNSCHT.

Die Einrichtung des Instituts für Bildungsforschung ist exemplarisch für das enge Zusammenwirken von Staat und Kapital und in diesem Zusammenhang für die Rolle, die die Gewerkschaften als demokratisches Alibi im Unternehmerstaat zu spielen haben. Das Informationsmonopol in Sachen Berufsausbildung und damit natürlich auch die Weisungskompetenz liegt beim Institut für Berufsbildungsforschung, das von den Unternehmerverbänden in der oben genannten Weise beherrscht wird.

Die Gewerkschaften verkaufen sich, um die demokratische Legitimation dieses Gremiums auszuweisen, und der Bund finanziert das Ganze. (Entwurf §64)

DAS IST STAATLICH ORGANISIERTE UND FINANZIERTE AUSBEUTUNGS-FORSCHUNG.

GERICHTSBESCHLUSS ÜBER KOMMUNE - KINDER

Der Amtsgerichtsartzt Wiegel vom Amtsgericht Schöneberg hat am 2. Mai folgenden Beschluß verfasst :

"In der Familiensache betreffend Romana Bauer ca. 21/2 Jahre alt, Vater : Reiner Bauer, Mutter :Leonore Bauer, sämtlich wohnhaft in Berlin 30, Motzstraße5, wird angeordnet :

1. Den Eltern wird, wegen Gefahr im Vollzug, im Wege einstweiliger Anordnung die Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrechts für das Kind entzogen
2. Zum Pfleger für die Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrecht wird das Jugendamt Schöneberg in Berlin bestellt.
3. Die Eltern haben ihr Kind an den Pfleger herauszugeben.
4. Der Pfleger ist ermächtigt die Herausnahme des Kindes notfalls unter Hinzuziehung eines Gerichtsvollziehers und unter Gewaltanwendung zu erzwingen

GRÜNDE:

Das Jugendamt Schöneberg hat Berichtet :

In der achtzimmer Wohnung Motzstraße 5, in der elf Untermieter polizeilich gemeldet seien, lebten 15 Personen darunter die Familie Bauer. Diese Personen

bildeten eine sogenannte Kommune. Die Wohnung sei teilmöbliert undverschmutzt. In den meisten Räumen befänden sich Matratzen auf den Fußböden. Bettzeug werde nur teilweise benutzt. Abfälle würden lange gestapelt. Unabhängig von ehelichen Bindungen übten die Erwachsenen untereinander Geschlechtsverkehr aus, auch in Gegenwart der Kinder. Viele Personen seien des illegalen Rauschgiftshandels verdächtigt. Außerdem verbrauchten sie selbst Rauschmittel. Es werde indischer Hanf geraucht, Opium gespritzt und LSD genommen. Im allgemeinen lebe die Kommune von den Einkünften des Herrn Bensch, der Industriekaufmann sei. Bei einer Durchsuchung der Wohnung durch die Kriminalpolizei seien bei einer Person 200g Haschisch und 57 mit LSD getränkte Zuckerwürfel gefunden worden.

Das Jugendamt hat die aus dem Beschlußeingang ersichtlichen Anträge gestellt. Den Eltern mußte im Wege der einstweiligen Anordnung die Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrecht gemäß §1666 BGB entzogen werden, weil sie ihr Kind in dessen geistiger und leiblicher Entwicklung schuldhaft gefährden. Abgehen davon, daß das Kind die unsittlichen Beziehungen der Erwachsenen wahrnehmen kann und insoweit von seinen Eltern nicht geschützt wird, können die Eltern, wenn sie Rauschgift nehmen, das Kind selbst nicht ordentlich betreuen und erziehen. Darüber hinaus ist das Kind in seiner Gesundheit gefährdet, wenn es in einer verschmutzten Wohnung und in einer Umgebung aufwachsen muß, in der die Erwachsenen LSD-Zuckerstücke bei sich führen. Es ist nicht auszuschliessen, daß auch das Kind von diesem Gift geniessen kann. Da die Eltern diese Gefahren nicht beseitigen, obwohl sie das kraft ihrer elterlichen Pflichten tun müßten, handeln sie schuldhaft. Da damit gerechnet werden muß, daß die Eltern das Kind nicht freiwillig an den Pfleger herausgeben, muß gemäß §33 Abs.2 FFG die aus Ziff. 4 des Beschlußeingangs ersichtliche Anordnung getroffen werden."

Subkultur und kollektive Verantwortlichkeit.

Der Pleger brauchte den gerichtlichen Freibrief zur Gewaltanwendung nicht: Die Kinder waren inzwischen zu ihren Großeltern gebracht worden. Mit dem Jugendamt wurde ausgehandelt, daß sie dort weiterhin bleiben sollen.
Die linke Bewegung kann den Schlag des Staatsapparates gegen die Motzkommune nicht als unpolitische Angelegenheit innerhalb einer kleinbürgerlichen Subkultur ignorieren. Es ist ein ungeheurer Zynismus, unter dem Vorwand der Gefährdung durch Schmutz oder sexuelle Ausschweifung, die Kinder in Heime zu stecken, wo sie zu seelischen Krüppeln deformiert werden. Bekanntermaßen geht aus diesen Heimen ein ungleich hoher Prozentsatz an Hilfsschülern, Kriminellen und Kranken hervor, d.h. die frühkindlichen Milieuschäden werden dort in keiner Weise korrigiert. Wenn sie gegen die Verwaltungsakte sog. Jugendbehörden kämpfen, plädieren wir damit nicht für die Aufrechterhaltung despotischer Elterngewalt über die Kinder. Sondern wir Kommunisten kämpfen für die Schaffung kollektiver gesellschaftlicher Verantwortlichkeit für die Einzelnen wie für die Kinder insgesamt. Diese aber kann nicht von Bürokratien ausgeübt werden, die die Menschen zu toten Objekten der Verwaltung machen, sondern nur durch bewusste, kollektiv handelnde Menschen. Ansätze dieser kollektiven Verantwortlichkeit bilden sich innerhalb der linken Bewegung in den Kinderläden und Kommunen.
In deren Praxis aber hat sich deutlich gezeigt, daß zur Entstehung von Solidarität als Basis dieser gemeinsamen Verantwortung das bloße Zusammenleben nicht genügt. Die existentielle Verweigerung, die zu Beginn der antiautoritären Rebellion politisches Bewusstsein erwecken konnte (siehe das provokatorische Beispiel der Kommune 1), droht zur unpolitischen Subkultur abzugleiten, in der letzten Endes doch jeder wieder individuell lebt.
Die Motzkommune ist dafür ein Beispiel. Nicht zufällig schlägt die Bürokratie hier, am schwächsten Punkt zu. Wo die Kommunen in unpolitisches Verhalten

kann sich keine kollektive Verantwortlichkeit bilden. Um sie zu schaffen, müssen die Kommunen sich als politische Einheiten verstehen, die in den bestehenden und zu schaf - fenden Organisationen arbeiten. Genossen, die Kommunen bilden wollen, müssen dies unter dem Gesichtspunkt der politischen Organisation tun. Nur in einem solxhen Kollektiv kann kollektive Erziehung geleistet werden. Das setzt eine bewußte Selbstdisziplin bei den Erwachsenen voraus. Kollektive Verantwortlichkeit entsteht nur im solidarischen Kampf.

(Redaktionskollektiv Zentralrat der Kinderläden) Nachdruck aus RPK Nr. 14 .

ZUR KOMMUNE APO - PRESS

Zusammenfassung der bisher verfaßten Kommune-Papiere in Verbindung mit einer kurzen Darstellung der Entwicklung seit dem Streik zweier Genossen aus der Kommune

Dieser Streik fand statt, nachdem es einige Diskussionen über die Situation in der Kommune gegeben hatte, die aber keinen Einfluß auf die Praxis hatten. Diese Schwierigkeiten manifestierten sich einmal in der Unmöglichkeit, eine regelmäßige Durchführung der materiellen Reproduktion (Essen, Miete) zu garantieren, zum andern darin, daß wegen der gleichen Unfähigkeit bei der Arbeit an dem Projekt APO-PRESS zwei Genossen zusätzlich noch andere kontrollieren und meist das tun mußten, was diese tun wollten. diese zwei meinten, durch eine aktion die augenblickliche miese Lage in der Kommune ins Bewußtsein zu bringen und eine diskussion zu initieren. Dieses gelang, aber der Diskussionsverlauf unterschied sich nur wenig von den vorhergehenden. Es gelang zwar, die Inter-Aggressionen und ihre Wirkung auf das Zusammenleben klarer als vorher zu artikulieren, eine Analyse der Gründe für dieses Verhalten konnte nicht geleistet werden. Um dieses in einer weiteren Diskussion zu ermöglichen, verfaßten vier Leute, die eine Veränderung der Lage wollten, ein paper. Dieses hing dann einige Zeit an der Wand.
In diesem ersten paper wurde der Zusammenhang zwischen der Organisationsproblematik im SDS und der Bildung des APO-PRESS-Projektes hergestellt, und damit die Beziehung auf die Kommune - Problematik.
Die Funktion der APO-PRESS sollte danach sein:

1. einen Informationsaustausch zwischen den derzeit dezentralisiert arbeitenden Gruppen herzustellen.
2. Informationen zu liefern- mithilfe der arbeitenden Gruppen - als Agitationshilfen und Stimulans zu politischer Arbeit der Genossen auf best. Gebieten.

Z.B! ist uns allen die Problematik der Beziehungen der Industrieländer zu den Ländern der "Dritten Welt" abstrakt bewußt, doch ist es wichtig, dies auch konkret belegen zu können, z.B. an Blohm&Voß und dem Hamburger geographischen Institut."
In diesem Zusammenhang wurde kritisiert, daß über die Zusammensetzung der Redaktion nicht im SDS diskutiert wurde. "Weiterhin war falsch, daß auch innerhalb der Kommune keine genügende Darlegung der Vorstellungen der einzelnen Mitglieder stattgefunden hat. Wir haben also den Fehler begangen, unsere individuellen Bedürfnisse und Ängste... über unsere abstrakte Erkenntnis der Notwendigkeit eines Informationsorganes und der daraus resultie - renden Notwendigkeit kollektiver Arbeit zu stellen."
Daher gelang es uns auch nicht, zu einer den obengen. Intentionen entsprechenden verbindlichen Arbeitsteilung zu kommen. Es wurde zwar ein Plan dafür aufgestellt, aber in der Praxis nicht eingehalten. Die vorher artikulierte "Bereitschaft zur Mitarbeit" kam in sehr unterschiedlicher Weise bei den Einzelnen zu praktischer Verwirklichung. Diese unterschiedliche Praxis beruhte auf einer unterschiedlichen Auffassung von politischer Arbeit in der Kommune. Ein Teil - hier Fraktion(a) genannt - meinte nämlich, politische Arbeit aufteilen zu können in höhere und niedere. Zur Sphäre des "Höheren" gehören demnach die Diskussion und die Arbeit im Kopf, zur "Niederen" Tippen, Drucken, Abwaschen, Renovieren u.ä.
Zitat "Drucken kann doch jeder Idiot". Z.E.
Folgerichtig enthielt sich Fraktion(a) der "niederen" Arbeiten oder tat sie nur nach Auf - fordern. Aber auch zu den "höheren" Arbeiten kam sie selten, da zuerst die eigenen Be - dürfnisse(diese konnten ohne weiteres der "niederen" Sphäre, wie Schlafen, Baden, angehören) befriedigt werden mußten. In den Kommune-Diskussionen wurde von dieser Fraktion immer wieder betont, daß man von den Bedürfnissen der Einzelnen ausgehen müsse.

Entsprechend blieb das erste Kommune-Papier und die drei folgenden, die von der Gegenfraktion verfaßt wurden, unbeantwortet. Die Ansicht, daß die Kommune- Schweirigkeiten hauptsächlich auf Unterschiede in der Arbeitshaltung zurückzuführen sind, bleibt also bis jetzt unwiderlegt.
Diskussionen, die mit der Absicht initiiert und geführt wurden, gegensätzliche Standpunkte dazu zu klären und zu formulieren, führten zu keinem Ergebnis, da die "Bedürfnis"-Fraktion sich nicht einmal zu ihren eigenen Postulaten bekannte, geschweige denn Widersprüche zwischen diesen und ihrer Praxis sehen konnte.
Fraktion (b) war dagegen der Ansicht, daß die Organisation aller anfallenden Arbeiten eine Aufgabe der Kommune sei, und daß diese Organisation eine politische Funktion habe, sowohl innerhalb der Kommune emanzipierend für die einzelnen Mitglieder, die kollektiv arbeiten, wie auch für die revolutionäre Bewegung.
Das Bedürfnis der Fraktion (b) nach Organisation der materiellen Bedingungen politischer Arbeit bedeutet einen gegensätzlichen Ansatz zu dem der Fraktion (a), da er nicht unmittelbar von Wünschen der Einzelnen ausgeht, sondern von der Funktion der Kommune innerhalb der Bewegung. Was bedeutet: die Bedürfnisstruktur der Einzelnen muß nach den Anforderungen der revolutionären Arbeit verändert werden. Nicht umgekehrt, weil
1. es letztlich nur möglich ist, (jetzt noch) persönliche Bedürfnisse durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen zu befriedigen,
2. weil es einen Widerspruch zu dem Primat politischer Arbeit bedeutet, von "persönlichen" Bedürfnissen, wie sie durch bürgerliche Erziehung geprägt sind, als fixen Bedingungen auszugehen. Vielmehr ist die Veränderung dieser Bedürfnisse in die politische Arbeit einzubeziehen, d.h. eine sozialistische Arbeitsdisziplin in Gegensatz zu bürgerlichem Leistungsprinzip zu entwickeln.

Das Beharren auf dem Primat der jetzt vorhandenen persönlichen Bedürfnisse bedeutet eine mangelnde Einsicht in die Bedingungen politischer Arbeit überhaupt und in die jetzige Lage der revolutionären Bewegung, wie sie aus den Organisationsdebatten deutlich wird.
Fraktion (a) war nicht bereit, und ist es bis heute nicht, ihre Einstellung zu notwendigen Arbeiten zu begründen, d.h., in einen politischen Zusammenhang zu stellen und evtl auch zu ändern. Forderungen nach verbindlicher Arbeitsteilung und A.-Disziplin wurden abgetan als "bürgerliches Leistungsdenken". Konkrete Nachweise von Widersprüchen zwischen eigenem Anspruch und folgender Praxis versuchte man ab zuschwächen durch Individual (psychologisierende) - Erklärungen; (wie " unsere Kommunikationsschwierigkeiten kommen daher, weil sich Kommunikationsschwierigkeiten gebildet haben" oder " es war unmöglich zu arbeiten, weil sich Arbeitsschwierigkeiten ergeben haben".)
Da die Diskussionen infolge fehlender Selbstkritik die Praxis des Zusammenlebens nicht veränderten, steigerte sich der schwelende Konflikt so weit, daß zwei Leute ein weiteres Papier verfaßten, worin sie begründeten, warum sie ihre Ernährung reprivatisieren mußten. Die anderen wurden dann aufgefordert, wieder kollektiv eine Kasse zu führen. Dies ist inzwischen geschehen in der Fraktion (b).
Die Bereitschaft zu Diskussionen als folgenlosen, und somit nächtelangen "Selbstbestrafungsaktionen" verringerte sich zunehmend.
Bemerkenswert ist, daß sich danach bei F. (a) eine plötzliche Bereitshaft zur Arbeit an APO-PRESS u.a. einstellte, die aber nur wenige Tage in Prqxis einging. Die betroffenen Genossen scheinen zu glauben, durch diesen gezielten demonstrativen Arbeitseinsatz die Argumente der anderen, die auf langfristig beobachteter Untätigkeit gründen, widerlegen zu können. Sie vergessen dabei wiederum die Auswirkung auf die Funktion der APO-PRESS und der Kommune.
Die anderen Kommune-Bewohner meinen, daß eine derartige "Mitarbeit" nur noch eine ständige Unmutsquelle im Kommuneleben speisen kann, und somit alle, die arbeiten wollen, fortschreitend mehr an der Arbeit hindert.
Deswegen heißt die Konsequenz: Umbesetzung der Redaktion und der Kommune. Diese Problematik kann nicht innerhalb der Kommune gelöst werden, sondern nur durch eine Diskussion im SDS, nach der dann verbindlich festgelegt werden kann, wer anstelle der Ausgezogenen einzieht, und wer zur Redaktion gehören wird.

BRANDANSCHLAG AUF DAS SDS- ZENTRUM

AM SONNTAG, 1. JUNI, SETZTEN GEGEN 17 UHR BISHER UNBEKANNTE 2 RÄUME DES SDS-ZENTRUMS HAMBURG IN BRAND.
Ein uns unbeaknnter Passant alarmierte Feuerwehr, Polizei und Bild-Zeitung. Der angerichtete Sachschaden ist noch ungeklärt, weil wegen Tränengas niemand den Keller betreten kann. Die Ermittlungen der Kripo und der Brandkommission waren bei Red.schluß noch nicht abgeschlossen. Wahrscheinlich ist unsere Druckmaschine unbrauchbar geworden.
Spenden für die Anschaffung einer anderen Maschine sind aber auf jedenfall willkommen, auf das Konto der APO-PRESS (s. Impressum). Kennwort : Druckmaschine.

ZERREISST DAS AUSLÄNDERGESETZ ! (Nachdruck aus der Freiburger Studentenzeitungvom 21. Mai 1969).

Daniel Basi, von 1965 bis 68 Kompositionsstudent an der Staatl. Musikhochschulle in Freiburg, soll ausgewiesen werden. Die Verfügung des Amtes für öffentliche Ordnungder Stadt F. vom 8.5.69 lautet : I. Der argentinische Staatsangehörige D. Basi , geb. usw..., zur Zeit Haftanstalt Freiburgi. Br. , wird nach §1o Abs. 1 Nr. 1, 11 und 6 des Ausländergesetzes vom28.4.65 für dauernd aus der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin ausgewiesen und hat das Bundesgebiet unverzüglich zu verlassen (§ 12, Abs. 1 Ausländergesetz).
II. Nach § 13 Abs. 1 und 2 , Satz 4 des A-Gesetzes wird gleichzeitig die zwangsweise Abschiebung angeordnet, die spätestens im Zeitpunkt der Entlassung aus der Haftanstalt F. durchzuführen ist.
Daniel Basi war am Mittwoch, dem 7. Mai 1969 auf der Herrenstrasse von Kriminalbeamten verhaftet worden. Anlaß für die Verhaftung war seine angebliche Teilnahme an der Rektorats - besetzung am 14. Januar 1969. ......

Aus der Begründung zur Ausweisung und Abschiebung :
"Der argentinische Staatsangehörige und ehemalige Musikstudent D. R. Basi ist nach Mitteilung des Kriminalkommissariats Freiburg i. BR. vom 4.6.68 als linksradikaler Student bekannt. Basi ist anläßlich verschiedener Veranstaltungen im Jahr 1968 als Ausländer bei Demonstrationen besonders aufgefallen....
Der Ausländer Basi wird sich nach seinem Gesamtverhalten nicht in unsere Gesellschaftsordnung einfügen. Er gefährdet durch seine radikale Einstellung die freiheitliche demokratische Grundordnung und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Er ist deshalb nach § 10 Abs. 1 Nr. 1, 6 und 11 des Ausländergesetzes auszuweisen."......

"Die Tatsache, daß Basi auf solche Demonstrationspraktiken hinweist (wie sie während der Revolution 1848 und bei den Demonstrationen in Frankreich angewandt wurden-die Red.), zeigt, daß er nicht die politische Zurückhaltung übt, wie man sie von einem ausländischen Gast erwarten muß."

TERMINE IM STRAFJUSTIZGEBÄUDE HAMBURG

Datum	Zeit	Raum	Name	Sache
6.6.	9.00	Raum 138	Jagow	Körperverletzung/ widerstand, Kiesinger-Oper
	11.00	138	Kessner	Gefangenenbefreiung , Roth, 1. Mai 68
	10.00	192	Wähe	Landfriedensbruch, Ostern, Springer
12.6.	8.00	279	Paschke	Landfr., Ostern, Springer, Berufung !
	10.00	377 b.	Reckert	Widerstand, 14.8.68 Simon-Prozeß
13.6.	9.15	388	Meyer-Glitza	Wid., Ostern, Springer, Berufung !
20.6.	9.00	192	Alex Zollmann	schwerer Landfriedensbruch, Baubude gerollt, Ostern, Spr.
23.6.	8.15	279	Cäsar Reiser	Widertand-Festnahme Wandsbek, Berufung !
8.7.	10.00	136	Rainer Beer	Landfr., Ostern, Springer
7.7.	8.15	279	Prescher Cabanis	Landfr., Sitzstreik, Ostern, Springer, Berufung !
10.7.	10.00	367	Jahnke, Fabig, Oberlercher u.a.	:Bauzaun - Berufung !
11.7.	13.30	377 a	Kreutz	Widerstd., Durchbrechen d. Pol.kette? 9.2.68 Vietnam/Spri. Berufung!

ZIVILGERICHT

6.6. 9.30 367 Schulbehörde- Auffermann u.a. Phil-Turm, 51.000 DM

VERWALTUNGSGERICHT

25.6. 12.15 609 ASTA/ polizei wg. Verbot der Demonstration vom Februar 69

NACHRICHTEN DES ERMITTLUNGSAUSSCHUSSES

1. Der Schadenersatzprozeß gegen 18 Studenten wegen der Besetzung des Psychol. Inst. (DM 51.000) ist zu ungunsten der Behörde entschieden. Zweiter Termin wegen weiterer 51.000 DM gegen weitere Besetzer am 6.6.69 . Urteil wahrscheinl. Ende Juni-

2. Prozeß gegen Ehel. Milz, Oberlercher, Vogel. Da der SDS alle Steinewerfer zu "Gewalttätigkeiten gegen Polizisten" Ostern angestiftet haben sollte, sollen die Betroffenen für alle Verletzungen von Polizisten sowie DM 3.500 Schaden haften. Das Verfahren wurde gegen die Polizei entschieden, bis auf Vogel, der DM 300.- zahlen soll, da er einen Stein geworfen und einen Polizisten getroffen haben soll.
(Die Zivilgerichtsbarkeit ist also noch nicht voll in die Justizkampagne der Herrschenden integriert !)

3. Akteneinsicht in der Strafsache gegen Günter Schmiedel (der seit Februar im UG sitzt) welche die Staatsanwaltschaft für Ende April versprochen hatte, wurde immer noch nicht gewährt. Auch die Anklage liegt noch nicht vor.

4. Die Staatsanwaltschaft hat Berufung in den Strafsachen gegen Schwarz ("Richter Vogt ist ein faschisitischer Idiot") und gegen Christian ("Wehner ist ein Schwein und Oberlump) eingelegt, wegen zu milder Strafe.

5. Hafenarbeiter Benfeldt hat die Berufung gegen den Gesamthafenbetrieb vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen (s. APOPRESS Nr. 5 vom 24,3.69).

6. Zitat aus dem Schriftsatz Klage Hochschulabteilung gegen Wißmann-Denkmal-Stürzer Schütt, Siefer u.a. " auf Schadenersatz für alle späteren Schmierereien an Bauzäunen, Denkmälern..: "Es kommt nicht darauf an, ob der Gedanke der Bekämpfung solcher Personen wie der lamg verstrorbenen Herren Wißmann und Dominik und deren Kolonialpolitik in den Köpfen der Beklagten entsprungen ist. Es genügt, daß sie sich diese Ideen zu eigen gemacht haben und als Auswirkungen dieser Ideen Sachbeschädigungen verursacht haben."

7. SPD-Klose und etwas später Reg. Rat Rellstab, der Rechtsvertreter der Schulbehörde und "Rechts"hand von Landesschukrat Neckel haben dem Vorstand des Schülerparlaments nahegelegt, sich von Anwalt Groenewold zu trennen und einen anderen zu suchen.

8. Wegen der Veröffentlichung des Beschlusses von Richter Vogt über die Ausschließung des U-Häftlings Gottsleben von allen Gemeinschaftsveranstaltungen (ausgen. des Gottesdienstes) in der Haftanstalt ist gegen den Anwalt Groenewold ein Ehrengerichtsverfahren der Rechtsanwaltskammer eröffnet worden.
Gegen M. Deter ist in der gleichen Sache (vgl. APOPRESS Nr.3) ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz eingeleitet worden.

9. Konkret Nr.11 hatte das Gericht durch einstw. Verfügung verboten, weil Röhl und Nettelbeck den Artikel von Marianne Herzog, die sich mit anderen und U. Meinhoff gegen konkret solidarisiert hatten, "FRAUEN IM GEFÄNGNIS" als Raubdruck ohne Genehmigung und verstümmelt gebracht hatte, und weil Röhl erklärt hatte, unter Leitung von Ulrike M. Meinhof sei sein Haus in Blankenese verwüstet worden. Inzwischen wurde das Verbot für erledigt erklärt, weil die Auflage trotz des Verbotes ausgeliefert worden war. Röhl versuchte in der bürgerlichen Presse, den Streit mit linken Schreibern als Privatfehde mit seiner früheren Frau U. Meinhof darzustellen, um damit seine Position als Eigentümer von konkret und den Streit um seine Position zu verschleiern.

10.Der 19jährige Japaner KENJI SUZUKI hatte in der Mönkebergstrasse Gitarre gespielt. Er spielt schön und führt das Instrument immer bei sich. Er kam aus Schweden. Die Ausländerpolizei nahm ihm daraufhin den Paß ab, gab ihm eine Bescheinigung für drei Tage dafür und wollte ihn mit Hilfe seines Konsuls nach Japan abschieben. Grund: Das Gitarrespielen störe die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Zum Vorhalt, das könne man nicht ernsthaft behaupten, sagte der Ausländerpolizist, für ihn sei das keine Bagatelle, ausserdem eine strafbare Handlung. Da SUZUKI sowieso nach Frankreich wollte, erhielt er nur einen Ausweisungsbefehl -Frist drei Tage- und seinen Paß zurück. Auch in den anderen Fällen besteht die Praxis der Ausländerpolizei darin, den unerwünschten , vor allen Dingen politisch unerwünschten Ausländern erst einmal den Paß abzunehmen, ihm dafür eine befristete Ersatzbescheinigung zu geben und sie so zu zwingen wieder ins Amt zu kommen. Dort können sie dann zur Abschiebung zum Konsul gebracht werden oder sogar zwecks Abschiebung festgenommen werden.

Literaturliste !

SCREW hat eine Liste internationaler linker Literatur zusammengestellt, die in Kürze in zweiter Ausgabe erheblich erweitert erscheinen wird.
Die Liste kostet nichts. Es wäre aber gut wenn ihr der Bestellung das Rückporto beilegen könnt.
Die Anschrift : SCREW 46 Park Crescent Brighton,Sussex ENGLAND

BERICHTIGUNG : (zu der in Nummer 8 abgedruckten Liste "linker Infos")

Die Adresse von Rebell lautet richtig : Rainer Strähle, 68 Mannheim 1, Zellerstrasse 43. Weiterhin heisst es in einem Brief eines Redaktionsmitgliedes, daß REBELL sich in seiner Arbeit nicht auf den Bereich Baden-Württemberg beschränkt, sondern das ganze Bundesgebiet einbezieht und sich als marxistisch-leninistisches Organ versteht, das die revolutionäre Theorie mit der Praxis verbindet.

SPARTAKUS - Eine Spartakus-Filiale wird in Hamburg-Billstedt, Möllner-Landstrasse 59 demnächst eröffnet.

TERMINE

Republikanischer Club:
Kabarettist Kittner (Hannover) demnächst (Juni) im RC.
4. 6. Mittwoch - 20 Uhr - SLB trägt sein Programm vor.
11. 6. Mittwoch Röhl und die Konkretredaktion.

AUSS/USB INFORMATIONEN

Büro: täglich 14.30 - 18.30 Tel. 410 30 64.
Emanzipationsarbeitskreis: Do. 17. Uhr im RC.
AUSS-Infos 3/4 sind zu kaufen (BV-Infos).
KRITISCHE SCHULE
AK-Herrschaftsstrukturen in der Schule - Di. 16.30 Pl. 09
AK-Psychoanalyse und Sex - Mi. 17.30 Pl. 205.

Atlas-Elektronik Hamburg (Tochtergesellschaft des Siemens-Konzerns):

Wie verlautet, ist die Atlas-Elektronik Hamburg alleiniger Anbieter für die Groß-Sonaranlge der geplanten U-Boote vom Typ 206. Sie dürfte bei den Vertragsverhandlungen mit dem "Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" keine Schwierigkeiten haben. Dafür hat die Atlas-Elektronik jedoch bezüglich der Entwicklung des Großsonars für Überwasserkampfschiffe noch Probleme. Der Prototyp für die geplante "Fregatte 70" der Bundesmarine konnte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden.

Hamburger Flugzeugbau GmbH: festes Arrangement mit dem Verteidigungsministerium.

Mit der Entwicklung des "Hansa -Jet HFB-320" ist der Hamburger Flugzeugbau der langfristige Einstieg in den Destruktionssektor geglückt. Bis Ende Mai sollen acht Flugzeuge (2 für die Erprobungsstelle 81, 6 für die Luftwaffen-Flugbereitschaft

ausgeliefert werden. Eine zweite Serie von 13 Flugzeugen (Laufzeit 1969 - 71) dürfte sich anschliessen. Diese Flugzeuge sind für die elektronische Kampfführung (E.CM) und die Instrumenten Ausbildung (C-47-Nachfolge) gedacht, Kosten: ca. 80 Mio. DM. Die HFB bietet ihren "Hansa-Jet" außerdem als Zieldarstellungsflugzeug an.

Weitere Schwerpunktprogramme für die Modernisierung der Bundeswehrmarine.
Das Jahr 1969 ist offensichtlich zum Schwerpunktjahr der weiteren Aufrüstung der bundesrepublikanischen Kriegsmarine gemacht worden. Neben dem Programm für den Bau von 12 U-Booten ist der Bau von 4 "Fregatten 70" vorgesehen, der sich allerdings durch Schwierigkeiten bei einigen Waffenkomponenten verzögert. Schliessöich läuft noch ein ausgedehntes Torpedo- und Raketen-Entwicklungsprogramm: das U-Boot-Jagd Torpedo "Seeschlange" und die Seeziel-Torpedos "Seal" und "Nixe" kosten 50 - 60 Mio. Für die Konstruktion der Luft- Schiff-Rakete "Kormoran" der Marineflieger werden 1969 weitere 30 Mio. Dm aufgebracht.

Weitere Stabilisierung des industriell-militärischen Machtkomplexes:
Pensionierte Bundeswehroffiziere gehen in die Rüstungsindustrie.
Seit 1968 ist ein verstärktes Überwechseln pensionierter Bundeswehrobristen und -Generäle in die Rüstungsindustrie zu konstatieren. Dadurch nimmt die Verzahnung der Vernichtungsindustrie mit dem staatlichen Destruktionssektor in einem gefährlichen Ausmass zu. Einige Beispiele:
1. Generalleutnant a. D. Hellmuth Mäder, bis zum 13.9.68. Chef des Truppenamts der Bundeswehr wurde militärisch.technischer Berater" der Rheinmetall GmbH und der Bell Helicopter Company.
2. Generalmajor a. D. Henning Wilcke wurde Dornier-Representant in Bonn.
3. Generalmajor a. D. August Hentz ist "Deutschland-Konsultant" der Boeing International geworden.
4. Generalleutnant a. D. Werner Panitzki wurde Beiratsvorsitzender Europavia-Deutschland GmbH.
5. Kapitän zur See a. D. Hans Meckel, bis 31.3.68. Unterabteilungsleiter im Bundesverteidigungsministeriun, ging zur "Marinetechnik Planungsgesellschaft Hamburg", für die er seither als Verbindungsmann zum Führungsstab der Marine und zum Marineamt fungiert.

MSG Marine Schiffstechnik Planungsgesellschaft GmbH Hamburg: Kapitalerhöhung um 100000, - DM .
Die "MSG Marine Schiffstechnik Planungs-GmbH", ein in Hamburg residierendes Rüstungskonsortium der Werftindustrie, hat kürzöich ihr Stammkapital um 100.000 DM. auf 400.000 DM erhöht. Die Kapitalerhöhung der 5 Gesellschafter (Blohm und Voss 40%, Howaldts Werke Hamburg 18%, Bremer Vulkan 18%, Lürssen-Werft 15%, Orenstein-Koppel 9%) kam aus nicht entnommenen Gewinnen des Geschäftsjahrs 1968 und aus Neueinzahlungen.

ZUR KOMMUNE APO-PRESS II.

Wir haben als Gesamt-Kollektiv festgestellt, daß in zunehmenden Maße Frustrationen eine auch nur minimale Kommunikation und gemeinsame Arbeit innerhalb der Kommune Apo-Press zwischen den beiden herausgebildeten "Fraktionen" verunmöglicht hat.
Festzustellen ist, daß zum anderen beide Fraktionen zu den gleichen langfristigen Lösungsvorschlägen gekommen sind : Umbestzung des Apo-Press-Kollektivs. Allerdings haben sich die Kommuneschwierigkeiten auch auf die Möglichkeiten einer kollektiven Lösung in der Weise übertragen, daß die Mehrheitsfraktion offensichtlich nicht in der Lage war, den Vorschlägen der Minderheitsfraktion Rechnung zu tragen, nämlich die Umbesetzung nach durch die Gesamtgruppe objekti-

vierten politischen Kriterien mit der Gesamtgruppe des SDS zu diskutieren. was sich daran zeigt, daß die Lösung schon feststeht : Auszug der Minderheitsfraktion.
Wir halten den Abdruck der dem jetzigen Stand der Diskussion entsprechenden rein deskriptiven und einseitigen Darstellung der Kommuneproblematik (von S. 2o ff.) für wenig sinnvoll, da sie die übrigen Genossen höchstens dazu anregen kann, nun sich ihrerseits über ihre Kommune-Martyrien zu beklagen. Ebenso geht es uns mit der nicht schlüssig abgeleiteten Forderung, irgendein divergierendes politisches Konzept (als Wurzel allen Übels) zu formulieren und auch abzudrukken; diese oktroierte kollektive Lösung des Problems reduziert den Kommune-Konflikt auf eine formal-politische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Anschauungen.
Die Tatsache, daß das Kollektiv in den diesbezüglichen Kommune-Diskussionen jeweils zu einer Bestätigung der mit dem Politischen Beirat entwickelten Apo-Press-Konzeption gekommen ist, zeigte keine bemerkenswerte Heterogenität in der politischen Konzeption.
Wenn also keine unterschiedlichen politischen Anschauungen vorhanden sind, sollte man, da inhaltlich das gemeinsame politische Konzept ein materialistisch fundiertes ist, sich um eine materialistische Analyse der Gründe für die dennoch aufgetretenen massiven Schwierigkeiten bemühen und die Erarbeitung der Kriterien für diese Analyse in die Diskussion im grösseren Kreis mit einbeziehen.
Diese Gründe, bzw. Ursachen sind von daher in den divergierenden Möglichkeiten der Umsetzung dieses gemeinsamen politischen Konzepts in die Praxis zu suchen. Die für uns relevante materialistische Fragestellung müßte also eingehen auf die unterschiedlichen historischen Situationen, d.h., auf die Verschiedenheiten des Bewußtseinsstandes der einzelnen und ihrer Relevanz für das Kollektiv.
Die Einbeziehung von sozial-und sexual-psychologischen Bedingungen und deren langfristige Auswirkungen auf das Apo-Press-Kollektiv in Bezug auf eine Politisierung und Emanzipierung der Kommune wäre ein erster Schritt von einer formal-politischen zu einer real-politischen Auseinandersetzung zu kommen, in der auch die Situation des Einzelnen als politische begriffen wird.
Wir sind daher der Meinung, daß eine derartige Diskussion -zumal das Apo-Press-Kollektiv von besonderer Relevanz für die Gruppe ist- von der Gesamtgruppe geleistet werden müßte, und die notwendig gewordenen Umbesetzung im Apo-Press-Kollektiv primär nach objektivierten politischen Erfordernissen und Bedürfnissen dieser Gruppe sich vollziehen muß.
Zur Einschätzung der spezifischen Problematik in der Annenstr. und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten etwaiger Lernprozesse und politische Konsequenzen für eine generelle Kommune-Konzeption, werden wir für die oben geforderte Diskussion ein paper vorlegen, das versucht, die angeführten Kriterien mit einzubeziehen.
